

Bezugspreis:

Vertriebspreis: 30 Pf. monatlich 10. —
frei ins Haus, normale zahlbar. Post-
zeitung: monatlich 10. — Pf. zzgl. Ver-
triebsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.20 Pf.,
für das übrige Ausland bei täglicher
einmal. Zustellung 21.50 Pf. Ver-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verliste.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Man-
tags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
kostet 3. — M. Teuerungszuschlag 50 %.
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1. — M. (zählend zwei
einzelne Wörter), jedes weitere
Wort 60 Pf. Stellengröße und
Schließelanzahl des ersten Wort
65 Pf. jedes weitere Wort 40 Pf.
Worte über 16 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50 %.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2. — M. politische und ge-
werbschaftliche Vereins-Anzeigen
3. — M. die Zeile ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Deutschland, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beilagen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 7. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753—51.

Neue Boulogner Konferenz.

London, 6. August. „Morning Post“ meldet aus Paris, in wenigen Tagen werde in Boulogne eine neue Konferenz stattfinden. Millerand und Lloyd George werden über die Haltung der Sowjetregierung und insbesondere über deren Beziehungen zu Deutschland beraten.

Dunkel ist der Rede Sinn. Das klingt ja, als ob der Schwinkel vom deutsch-russischen Geheimvertrauen aufgebaut werden sollte.

Rußlands Antwort.

London, 6. August. (W.T.B.) Die Antwort der Sowjetregierung ist hier eingetroffen. In der Antwortnote wird, wie verlautet, gesagt, die Bolschewiken könnten im Augenblick ihre Operationen gegen Polen nicht aufgeben. Sie seien der Ansicht, daß sowohl aus militärischen als auch rechtlichen Gründen der Vormarsch gerechtfertigt sei. Sie erklärten sich bereit, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und den Friedensvertrag aufzunehmen, sobald polnische Delegierte in Warschau eingetroffen seien und sobald sie den Beweis dafür hätten, daß diese Delegation die erforderlichen Vollmachten besitze, um über den Frieden zu verhandeln. Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren und Polen günstige Grenzen zu gewähren. Die Sowjetregierung wolle mit Polen über einen Separatfrieden verhandeln. Die Sowjetregierung erklärt ferner, daß Krassin und Kamenev Vollmachten hätten, den Frieden (mit der Entente offenbar! Red.) abzuschließen. Die Sowjetregierung weigert sich jedoch, den Vertretern der Randstaaten Zutritt zu den Friedensverhandlungen zu gestatten.

Hiernach macht die Sowjetregierung nicht das polnische Volk unter seiner neuen Regierung für deren imperialistische

Vorgängerin verantwortlich und auch die Ankündigung der Unabhängigkeit und günstiger Grenzen unterscheidet sich einigermassen von dem Tun der Sieger über die einstigen Mittelmächte — nicht wahr? Man wird ja sehen, ob die Entente angesichts dieser hochanständigen Erklärung Tschitscherins die Gelegenheit zum Friedensschluß, die sie durch die Anwesenheit der Bevollmächtigten Krassin und Kamenev in London hat, wahrnehmen — oder ob Lloyd George so verblendet sein wird, die beiden Delegierten hinauszuschmeißen, die neue Blockade gegen Rußlands halbverhungerte Städtebewohner wahrzumachen und überhaupt Europa in völligen Ruin zu stürzen.

Die polnische Abordnung dürfte bereits in Warschau sein. Der polnische Botschafter in Washington hat um Hilfe gebeten — Gortch-Ungarn natürlich hat solche angeboten. Wenn es überhaupt Truppen gibt, denen wir die Verstrickung in die Niederlage gönnen, dann sind es wahrlich diese; nur werden die Herren „königlich ungarischen“ Nordoffiziere wohl vorziehen, über unbewaffnete Arbeiter und Juden daheim weiterzusitzen. Die Polen melden zwar örtlich erfolgreiche Gegenangriffe, müssen aber auch weite Rücksüge zugeben. General Malcolm, der englische Militärresident in Berlin, berichtet jetzt in London über seine polnischen Eindrücke.

Sowjetrußland hat inzwischen weitere Entlastung erfahren: Ostibirien ist von den Japanern geräumt und in Mesopotamien wurden etwa drei britische Kompagnien vernichtet. Wenn England Truppen übrig hat, wird es sie wohl für Afrika brauchen.

Die Nachricht von einem französischen Truppentransportbefehl an die Kattowitzer Eisenbahndirektion wird durch W. T. B. dementiert. Wir haben schon gestern Rühle Ruhe empfohlen.

Italien brandmarkt das Friedensdiktat.

Und schlußt es.

Rom, 6. August. (Stefani.) Die Kammer wird die Besprechung des Vertrages von St. Germain beginnen. Der Bericht des Ausschusses fordert die Kammer auf, den Vertrag zu ratifizieren, denn eine Verzögerung oder gar eine Nichtannahme würde die Erfüllung und Anerkennung der gerechten italienischen Forderungen hinauschieben. Die Kommission glaube nicht, daß der Vertrag von St. Germain, der übrigens ein Abbild des Versailler Vertrages sei, die Ursachen zukünftiger Zwiste oder den Anlaß zu zukünftigen Kriegen beseitige, denn

dieser Frieden gebe der Welt nicht die Ruhe,

die Europa notwendig sei, um zu fruchtbarer Arbeit zurückzukehren und die Wunden des Krieges zu heilen. Der Bericht hebt hervor, daß die Bedingungen, welche Leuten eine Strafe auferlegen, die nur den Befehlen ihrer Nation gehorchen, eine Strafe, die durch keinerlei Gesetz vorgeschrieben ist, nur dazu dienen können, den Haß zu nähren. Hinsichtlich der Wiedergutmachungen und der finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen betont der Bericht, daß vor Aufstellung dieser Bedingungen die Möglichkeit ihrer Ausführung durch Österreich hätte geprüft werden sollen. Der Bericht fährt fort: Jetzt sind alle einig in der Erkenntnis, daß es Deutschland unmöglich ist, überhaupt irgend etwas zu bezahlen, und Italien müßte sogar mit vorbildlicher großartiger Hochherzigkeit für die Ernährung der österreichischen Bevölkerung sorgen. Der Ausschluß betont dann

die Ungerechtigkeiten des Artikels 88

des Vertrages, welcher Österreich verbietet, sich mit Deutschland zu vereinigen. Dieses Verbot sei eine Gefahr und ein Schaden für die italienischen Interessen und eine offensichtliche Ungerechtigkeits. Der Ausschluß weist ferner auf die außerordentliche Tatsache hin, daß der Vertrag als vertragsabschließende Partei die aus der Auflösung Österreich-Ungarns hervorgegangenen Staaten betrachte, die so ganz anders behandelt würden als Deutsch-Osterreich, als wenn sie an dem Kriege nicht in demselben Maße wie letzteres teilgenommen hätten, während andere Staaten wie Montenegro gar nicht zur Konferenz zugelassen wurden. Der Bericht weist darauf hin, daß der Vertrag einen beträchtlichen Teil der italienischen Grenze noch unbestimmt läßt, und betont außerdem den Gegensatz zwischen den Grundrissen, die durch feierliche Erklärungen bekräftigt

wurden, welche die Grundlage des Friedens bilden sollten einerseits, und den wirklichen Vertragsbedingungen

andererseits. Der Bericht preist die Mitnahme des Völkerbundesvertrages und des grundlegenden Teils der internationalen Arbeitsorganisation. Der Bericht erklärt, der Ausschluß habe den Vertrag nicht im einzelnen prüfen wollen, denn es sei doch keine Abänderung mehr möglich, aber er hoffe, daß seine Bemerkungen und die von den Volksvertretern feierlich behandelte Meinung die Regierung in ihren weiteren Beziehungen mit den Verbündeten

und mit den Besiegten bezüglich der Anwendung des Vertrages leiten könnten.

Graf Sforza erklärte, die italienische Bevölkerung an der oberen Elbe und im Trentino würde endlich alle Rechte und Pflichten ihrer Jugendbürgerschaft zum Königreich übernehmen; die deutsche Bevölkerung, die im Laufe der Jahrhunderte die Alpen überzogen hätte, würde ihre Sprache, ihre Ansichten und ihre besonderen Interessen völlig gewährläufig lassen.

Zur russisch-polnischen Frage berichtete Graf Sforza, er habe in Spa den Polen zum Frieden mit Rußland geraten. Der Vorstoß Polens gegen Wien sei ein Irrtum gewesen. Trotz des Ausdehnungsdranges Rußlands, der die Staatsumwälzung überlebt habe, müsse man hoffen, daß die Sowjetregierung ihr eigenes Interesse an einem ehrenvollen Frieden mit Polen einsehen werde. Italien wünsche einen baldigen Friedensschluß und die gesicherte Unabhängigkeit Polens, dessen Wiederaufstehen einer der Hauptpunkte des Versailler Vertrages sei.

Hinsichtlich der neuen Gebiete, die annektiert werden sollen (Tirol bis zum Brenner usw. Red.), schlägt der Ausschluß zwei Tagesordnungen vor: die eine fordert die Regierung auf, baldige Wahlen in diesen Gebieten vorzunehmen, damit die gesetzmäßigen Vertreter ihrer Bevölkerung mit der Regierung zusammen daran arbeiten können, die örtliche Gesetzgebung mit der des Königreiches in Übereinstimmung zu bringen; die zweite Tagesordnung schlägt Amnestien vor, entsprechend den im Königreich verübten.

Auch Belgien kein Landsknecht.

Paris, 6. August. (W.T.B.) Vanderelde erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“ in Gené, er sei mit den Mitgliedern der belgischen Regierung über die Notwendigkeit eines Abkommens zwischen Belgien und Frankreich und, wenn möglich, auch England einig. Aber im Einverständnis mit der belgischen Arbeiterpartei sei er jeder Allianz feindlich gesinnt, die Belgien niederdrückende militärische Lasten auferlege, die nur die imperialistische und nationalstaatliche Politik begünstigen könne und der Wiederherstellung des wirklichen Friedens in Europa Hindernisse bereite.

Camille Hubmans erklärte, Frankreich sei in diesem Augenblick zu reaktionär, als daß es wünschenswert erscheine, daß das sozialistische und demokratische Belgien sich mit ihm alliiere, und außerdem wolle er nicht, daß sein Land dem linken Flügel des Marshall Koch als Glacis diene.

Da wird sich ja der „Echo-de-Paris“-Mann herzlich bedankt haben!

Das Türkeiidiktat.

Paris, 6. August. (T.N.) Die Hinanzziehung der Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages ist auf eine Forderung Italiens zurückzuführen, Italien will Friedenland auf Zustimmung der Annelierung der griechischen Insel Rhodos zwingen. Da die Alliierten zurzeit von der polnischen Frage in Anspruch genommen sind, sind sie nicht in der Lage, die griechischen Interessen gegenüber Italien wahrzunehmen. — Bemerkenswert ist in London eingetroffen.

Den Manen des „Alten“.

Zum 7. August.

Ein zweifaches Ideal hat mich von Jugend an vorgeleitet: das freie und einigere Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das ist die Pflicht!

Wilhelm Liebknecht
(Leipziger Hochverratsprozeß).

„Haben Sie schon gehört, daß Herr Liebknecht gestorben ist?“ Ein Aufseher fragte mich, und er wußte sicher auch ohne Antwort, daß die Kunde noch nicht zu mir in die Einzelhaft des Zellengefängnisses gedrungen war, wo ich im August 1900 meine parteijournalistischen Bürgerrechte erlösen mußte. In der vertraulichen Frage des Beamten lag gleichzeitig die verbotene Mitteilung. Ihr Inhalt bedeutete für die Parteigenossen von damals einen fürchterlichen Schlag. Und gleich mir Einzelnen hinter den schwedischen Gardinen empfangen draußen in der preussisch-deutschen Freiheit Millionen mit gleichem inneren Erbeben die Trauerkunde: „Der Alte“, Wilhelm Liebknecht ist nicht mehr!“

Wilhelm Liebknecht! Eine Generation ist herangewachsen, die nur vom Hörensagen noch den „Alten“ kennt, der sein unmittelbares Wirken nur als eine Kunde aus verjüngter Welt herübertrug. Probleme und Kämpfe der Gegenwart sind zweifellos anders geartet, als am 7. August 1900, da Wilhelm Liebknecht die Augen schloß. Aber für jeden, der in den politischen und sozialen Fragen des Tages nur überher in einer langen Reihe von weithin wirkenden Ursachen zu sehen gewöhnt ist, bleibt die Vergangenheit eine Lehrerin für Gegenwart und Zukunft. Desobwohl ziemt es sich, daß wir heute, da sich sein Todestag zum zwanzigsten Male jährt, ein Wort des Gedankens sagen dem Mitbegründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie, dem nimmermüden und nimmer rastenden Streiter für die Befreiung der Menschheit aus der kapitalistischen Unfreiheit.

In den Spalten dieses Blattes hat Wilhelm Liebknecht manden scharf geschliffenen Aufsatz veröffentlicht, manches umstrittene Wort niedergelegt, aber immer begriffert für die große Sache, der er sein Leben gewidmet hatte. Mehr Jahre lang, seitdem das „Berliner Volksblatt“ nach dem Fall des Sozialistengesetzes unter dem Namen „Vorwärts“ zum Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei umgestaltet war, hat er als Chefredakteur dieses Zentralorgans gewirkt. So war er auf das Engste mit dem „Vorwärts“ selbst verknüpft bis zu seinem Tode. Buchstäblich genommen. Denn noch am Abend des 6. August hatte er an einer Sitzung teilgenommen, war in alter Kampfesfreude aus dieser Sitzung geschieden mit den mahnenden Worten: „Niemand in der Defensive, immer in der Offensive!“ In der Nacht war er ohne Kampf entlassen.

War er also — trotz seiner 74 Jahre — bis zu allerletzt im Dienste der Partei und ihrer Sache tätig, so gab er damit ein lebendiges Vorbild der Pflichterfüllung nicht nur für die Genossen seiner Tage, sondern auch für diejenigen, die nach ihm leben und nur selten von ihm hören. Der Name Wilhelm Liebknecht gehört der Geschichte der deutschen Arbeiterkämpfe. Dem jungen Studenten aus der Sächsischen Hauptstadt als welcher er einst in die Welt zog, um sich das Land der Freiheit zu suchen, ist der unermüdbare Kämpfer, der ewig kampfbereite Vorkämpfer der Arbeiteremanzipation gefolgt. In fast allen Ländern des Kontinents war er dabei. Und so Großes er an Arbeit und Opferkraft in Deutschland geleistet, so bekannt, geachtet, geehrt war Wilhelm Liebknecht in der sozialistischen Internationale. Angesichts der eben berendeten Genfer Tagung der sogenannten Dritten Internationale darf besonders daran erinnert werden, daß Wilhelm Liebknecht zu ihren Mitbegründern und zu ihren bedeutendsten Führern gehörte. Er war eigentlich noch ein rechter Internationaler der alten Zeit: in Frankreich, in Belgien, in der Schweiz und Italien, in Österreich und England gleicherweise zuhause. Hatte ihn schon früh die Konterrevolution von 1849 ins Exil getrieben, so fand er zunächst in der Schweiz, später in London eine Freistadt. Deswegen behielt er bis an sein Ende eine starke Neigung für das England, das ihn gütlich aufgenommen hatte, als er von seinem Vaterlande vertrieben war.

Aber er war nichtsdestoweniger ein Deutscher, der seine Heimat liebte wie nur irgend etwas auf der Welt und gerade deshalb unerschrocken und nie ermattet kämpfte, um auch diesem Deutschland einen Strahl der politischen Freiheit zu verschaffen, die er in England kennen gelernt. Seine Rede im Leipziger Hochverratsprozeß von 1872, aus der wir oben zwei Sätze wiedergeben, zeugt in stärkster Weise gerade für sein deutsches Empfinden, von seinem Streben für das große, freie, einigere Deutschland. Das um so stärker, als er mit Bebel und Hepper gerade damals unter der Anklage des Hochverrats

gegen das Reich Bismarcks stand, gegen dieses Reich, dessen auf Annexion und Gewalt beruhende Existenz allerdings Liebknecht niemals als zu Recht anerkannte. Er war „großdeutscher“ Demokrat gewesen, er hatte die Ausschließung Deutschösterreichs aus dem Deutschen Bunde bekämpft und niemals gut geheißt. Damals allerdings schlossen Deutsche die Deutschen aus, heute verbietet die Entente ihnen den Anschluß an ihre Stammesgenossen. Die Zeiten ändern sich, aber nicht zu ihrem Vorteil.

Was der „Alte“ — wie er in Parteikreisen allgemein genannt wurde — für die Gesamtpartei gewirkt seit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dem er als Mitglied angehörte, seit der Gründung der „Eisenacher“ Partei und vor allem nach der Verabschiedung beider in Sofia, das auch nur zu streifen, ist heute unmöglich. Es ist eingetragene in die Blätter der Geschichte. An persönlichen Opfern hat er für die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse das Menschenmögliche dar- geboten. Er nannte sich selbst einen „Soldaten der Revolution“, aber er lebte es ab, ein „Verschwörer von Pro- fession“, ein fahrender Landsknecht der Konspiration zu sein. Er war Sozialist mit allen Fasern seines Herzens, aber er war auch Demokrat, der mehr als einmal terroristischen Phantas- helden mit guten Gründen in die Parade gefahren ist. Im „Vorwärts“ wurden vor einigen Tagen aus seiner Trutz-Eisen- stirn-Proklamation einige Stellen zitiert, die den Sozialrevolutionä- ren von heute besonders schmeichelnd in die Ohren klingen werden. In dem umfangreichen Manuskript, dem diese Stellen entstammen, hat er sich — schon 1881! — sehr eingehend aus- gesprochen über Theorie und Taktik der Sozialdemokratie. Er weist damals schon weit von sich, daß unter dem Begriff „Ar- beiterklasse“ nur die Lohnarbeiterklasse zu verstehen sein dürfe, daß unter ihm vielmehr alle diejenigen zusammengefaßt werden müssen, „die ausschließlich oder wesentlich vom Ertrage eigener Arbeit leben und sich nicht durch den Ertrag fremder Arbeit bereichern.“ Alle diese Kreise für den Sozialismus zu gewin- nen, ist die Aufgabe, die sich nach ihm die Sozialdemokratie stellen muß. „Aber“, sagt Liebknecht der Alte, und das gilt be- sonders wieder den heutigen Anbetern der „Diktatur des Prole- tariats“, „aber: wäre es nun auch nicht und nicht löst sich, zu verlangen, daß wir, um unsere Prinzipien praktisch zu verwirk- lichen, erst eine wohl vorbereitete und bestgesetzte Majorität in der Sache haben müssen, so ist es doch noch naiver, zu glauben, wir könnten unsere Prinzipien gegen den Willen der ungeheuren Majorität der Bevölkerung verwirklichen.“

Den demokratischen Gedanken, daß der Sozialismus nur mit, nicht gegen die Mehrheit des Volkes verwirklicht werden kann, hat Wilhelm Liebknecht schon vor mehr als 40 Jahren verteidigen müssen gegen „Maulrevolutionäre“, die es damals wie heute gab. Vor 20 Jahren hörte er auf zu atmen und damit auch zu wirken für Demokratie und Sozialismus. Den Kampf für beide fortzuführen, gegen „Maulrevolutionäre“ und Gewaltvolker von der anderen Seite, ist die Aufgabe der alten Sozialdemokratie, in deren Namen der „Vorwärts“ von heute sprechen darf und in deren Sinne er den Namen Wilhelm Liebknechts, des Alten, heute dies Blatt des Gedankens weicht! Möchte unsere junge Generation von ihm lernen den hohen Idealismus, die freud- ige Opferbereitschaft und den klaren Blick für das Not- wendige des Tages! Franz Klüh.

Flaggenfrage und Völkerbund.

Erklärungen Dr. Simons'.

Reichsminister Dr. Simons gewährte vor seiner Abreise einem Vertreter der „Deutschen Liga für Völkerbund“ eine Unterredung, in der er äußerte: Die Annexion der „Deutschen Liga für Völker- bund“, die Flaggen-Angelegenheit unter Berücksichtigung der Völ- kerbundsatzung zu behandeln, entsprach ganz meinen Wünschen. Ich habe der französischen Regierung in der letzten Note vorgeschla- gen, die

Erlebigung des Falles dem Völkerbund

zu übertragen. Eine solche Erlebigung ist ja in Artikel 17 der Völkerbundsatzung auch für den Fall vorgesehen, daß einer der an

Oberschlesisches Reisebild.

Hinter Breslau, wo es östlich wird, wo schon polnisch sprechende Bauernweiber barfuß in den Zug treten, ist die deutsche Volk- kontrolle. Sie wird ohne besondere Umstände erledigt. In Döbeln zum ersten Male italienisches Militär, mit dem Seitengewehr bewaffnet. Auch hier ist die Volkkontrolle sehr flüchtig. Seltsame Kontraste: Vor den Verwaltungsgebäuden der französische Posten, aber trotz Befragung und Republik immer noch „Königlich“, Schicksals Ironie. Die Soldats sind überfüllt. An den schwarzen Tafeln zur guten Hälfte französische Namen.

Hier liegen italienische Infanterie und französische Alpenjäger. Ein buntes Uniformbild: die blauen Chasseurs, die grüne deutsche Sicherheitwehr, goldbordierte und rotbesetzte Offiziere — ja, und dann ein leidhastiger preussischer Offiziersfriedensrock mit dem unmöglich hohen Uniformkragen, der noch nicht weiß, wie wech- mützig und komisch er sich annimmt.

Hier fehlt der Armut die Berliner Schen. Die barfüßigen Weiber in den Samtjacken und die Gassenjungen in den zeretzten Hosen fühlen sich als die Repräsentanten des Straßenlebens. Es ist alles sehr teuer; die Hölzerinnen mit dem halbverkauften Obst machen schlechte Geschäfte.

In einer großen Parade vor der Stadt tummelt sich franzö- sisches Militär. Große, stramme Gestalten, gelangweilt, die Hände in den Hosentaschen. Europa schreit nach Arbeit und hundert- tausende der kräftigsten Männer haben nichts Besseres zu tun, als dafür zu sorgen, daß Millionen anderer nicht ungehemmt zum arbeiten kommen. Hindenburg. Die Stadt, oder vielmehr immer noch das Dorf, dessen Parlament von einer polnischen „Rechttheit“ beherrscht wird, um dessen Namen der bestige Kampf „Die Jagze, die Hindenburg“ tobt. Verrukte Straßenläge, hinter denen ein Wald von Eisen in den Himmel blaut. Hier liegt kein Entente- militär, darum sind alle polnischen Bezeichnungen an den Weg- weisern von antipolnischer Hand mit Farbe überstrichen.

Mit der elektrischen Kleinbahn kann man in stundenlanger Fahrt alle Orte des Industriebeziers erreichen: Königshütte, Rati- bowitz, Grottau, Gleiwitz usw. Ewig fährt an den schwarzen Zitadellen der Arbeit entlang. Ewig rauchverhüllte Horizonte, und der Ausblick dieser rauch- und feuerpeinenden Erde ist noch prächtiger und trost- loser als der des Schwerindustriellen Westfalens. Unermüdlich surren ungezählte Seilzüge über den Höllenkratern, in denen Hunderttausende den Schweiß in Strömen vergießen und gegen deren fürchterliche Hitze die Sonnenhitze des Julitages wohl wie ein Mistkästlein ist. Auf riesigen Galden, in endlosen Waggontreibern lagert der schwarze Reichtum, um dessen Erhaltung Deutschland erst noch zu kämpfen hat und von dem man versteht, daß er den Polen in die Augen sticht. A. Bialer.

der Streitfrage beteiligten Staaten nicht Mitglied des Völ- kerbundes ist. Die haben der französischen Regierung erklärt, daß Deutschland bereit ist, die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 der Völkerbundsatzung anzuerkennen.

Ich will nicht unterlassen, ob die französische Regierung nicht als Mitglied des Völkerbundes sogar die Pflicht hat, den Streit- fall im gegenwärtigen Stadium dem Völkerbund zu unterbreiten; jedenfalls bietet ihr Artikel 11, Absatz 2, auch die formelle Möglich- keit, auf unseren Vorschlag einzugehen.

Die Völkerbundsatzung ist aber ein Teil des Friedensvertrages. Sie wissen, daß ich dessen Innehaltung als eine Aufgabe meiner Politik betrachte. Der Friedensvertrag ist wesentlich ge- kennzeichnet dadurch, daß er Deutschland eine fülle schwerer Ver- pflichtungen einseitig auferlegt; um so mehr muß die deutsche Po- litik darauf bedacht sein, daß er auch in den leider sehr wenig zahl- reichen Punkten peinlich beobachtet wird.

wo er Deutschland Rechte läßt

aber wo seine Vorschriften internationale Verpflichtungen bedeuten, denen alle vertragschließenden Teile gleichmäßig unterworfen sind. Wir haben die Völkerbundsatzung, ohne Mitglied werden zu können, unterzeichnet und die Wirksamkeit des Völkerbundes praktisch an- erkennen müssen in allen Fällen, wo er gemäß dem Friedens- vertrag Aufgaben und gegenüber übernommen hat: als Zee- händler des Saargebietes, als Schlichter der freien Stadt Danzig hat er schon eine für sich schwerwiegende Bedeutung ge- nommen. In anderen Fällen ist seine Wirksamkeit bisher hinter den Aufgaben zurückgeblieben die ihm durch den Friedensvertrag ge- setzt sind. Ich erinnere nur an die Frage der deutschen Kolo- nien. Um so größerer Interesse haben nicht nur wir, sondern alle Signatarmächte des Friedensvertrages daran, daß die guten Grundlagen, auf denen der Gedanke des Völkerbundes ruht, sich bewahren können. Die feste Grundlage muß sein das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit.

Es zur Anwendung zu bringen, bietet sich hier dem Völker- bunde Gelegenheit; mit dem Prinzip kann er zugleich sich selbst durch- setzen und sein moralisches Ansehen wieder stärken, das die Er- eignisse im Osten bedenklich erschüttert haben.

Den Friedensvertrag in all seinen Teilen haben die Verfasser bitter ernst gemeint, und wir haben allen Grund, ihn ebenso bitter ernst zu nehmen. Besonders für die alliierten Mächte bedeutet er den Versuch, das Ereignis des Krieges als ihren Erfolg zu reali- sieren, und das gibt nur auf unsere Kosten. Die Völkerbundsatzung aber bedeutet den Versuch, die furchtbaren Erfahrungen des Welt- krieges zumindestens des friedlichen Verlebens aller Völker zu be- wahren. Die Gedanken, die diesem Versuch zugrunde liegen, haben sich in den letzten Jahren in der ganzen Welt verbreitet; sie sind zu teuer erkauft, als daß die Menschheit sie jemals wieder fahren lassen könnte. Jeder ernst gemeinte Vorschlag, den Völkerbund mit der Lösung internationaler Spannungen zu betrauen, bringt die Gesamtheit einen kleinen Schritt näher an das hohe Ziel.

Der Entwaffnungskommissar.

Berlin, 6. August. Der Staatssekretär z. D. Dr. Peters ist vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Entwaffnung ernannt worden.

Zufriedenheit über Zustritte.

Die Unabhängigen in Moskau.

Die „Freiheit“ veröffentlicht fortgesetzt Berichte vom Kongreß der dritten Internationale, aus denen hervorgeht, daß die Unabhängigen dort von den wackelnden Kommuni- stischen sehr unzufrieden geäußert werden, nichtdeftomenerger muß sich die „Freiheit“ so stellen, als sei sie mit dem Verlauf der Tagung sehr zufrieden.

Ueber die Sitzung vom 1. August wird gemeldet, daß Dittmann eine große Rechtfertigungsrede hielt, um das Verhalten der U. S. B. gegenüber Sowjetrußland ins rich- tige Licht zu setzen. Mit all seinem pastoralem Pathos wird aber Dittmann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er während der ganzen Dauer seiner Tätigkeit als Volks- beauftragter von November bis Dezember 1918 sämt- lichen Kabinettsbeschlüssen zugestimmt hat, die das Bündnisangebot Sowjetrußlands ablehnten und sich gegen die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland aussprachen. Ebenso hat Dittmann der Aufstellung

Ein amerikanischer Sozialistroman.

Wer das Niveau amerikanischer Romane kennt, wird mit recht geringem Vertrauen an die Lesbarkeit dieser Romane eines Ameri- caners herangehen. Aber siehe da: hier „Jimmie Higgins“ von Upton Sinclair (bei Gustav Fischer in Potsdam) entpuppt sich als ein ganz eigenartiges Buch, als ein Buch, das Bekanntheit zugleich und Kunstwert darstellt und in die Spähre hin- einragt, in der nur noch Werke der Weltliteratur genannt werden.

Upton Sinclair hat den Roman des amerikanischen Sozialis- mus und seines Schicksals während des Weltkrieges geschrieben. Jimmie Higgins ist der amerikanische Arbeiter mit sozialistischer Gesinnung. Der Topus dieses Proletariats, aber doch so lebendig erfährt und gestaltet, so unmittelbar aus dem Leben herausgenom- men, daß er jenseits aller Theorie und Konstruktion steht. Jimmie Higgins hat keine ostentative Schule besuchen können, er hat nichts als seinen klaren gesunden Menschenverstand, das große Chaos Welt zu verstehen, und eine aufopferungsfähige Verehrung für die Sache des Sozialismus, der seinen Kindern ein „ein besseres und menschlicheres Dasein zu schenken verspricht, seinen Eltern, die ihm eine Entartung geschenkt hat, die mit Angst und Drogen dem Parteitreiben ihres gutmütigen Jimmie zuschaut.

Der Krieg bricht aus. Jimmie erlebt seine erste große Ent- täuschung, als die deutschen Sozialisten für ihr Vaterland die Waffen ergreifen. Erst allmählich lernt er erkennen, daß diese Handlungswiese nicht einfach Verrot ist, sondern, wie alle menschl- iche Handlungen, ihre Gefährlichkeit hat. Die zweigleisige Be- urteilung dieser Tatsache trägt in die Partei der Keinen Städt- chens, in dem Jimmie arbeitet, den ersten Zweifels: es bilden sich zwei Parteien, eine radikale, die jedem Krieg und jeder Arbeits- mittelproduktion ablehnt, und eine andere, die für den Krieg ist und die futuristisch-ökonomische Unternehmung der Arbeiter, um den verhassten „Kaiser“, der da draußen als die urbüßige Verfertiger der Radikale im Gegensatz zur Radikale gilt, erst einmal aus der Welt zu schaffen, um dann erneut an die internationale Arbeit zu gehen. Jimmie leuchtet dieser Idee als zweckmäßig ein, aber an- dereorts steht er, daß er bei praktischer Ausübung dieser Meinung nur dem verfluchten und gehähten Großkapitalismus neue Millio- nen und damit Machtmittel gegen sich selbst und die sozialistische Sache in die Hand arbeitet. In dieser ideologischen Zwiespalt, die sein Denken lähmt, geht Jimmie zu Grunde. Er wird Munition- arbeiter, antwortet dabei aber immer für den Sozialismus, wird ein- gesperrt, martiniert und läuft hunaus wie überhaupt alle die Marx- isten durch, die ein erblich fühlendes und endlich todesverurteilten Sozialist in dem Durcheinander des Krieges durchkommen mußte. Eine Er- ploSION vernichtet sein kleines Städtchen und mit ihm Frau und Kinder. Jimmie steht vor dem Nichts. Da läßt er sich, er weiß eigentlich selbst nicht recht wie, als Automobilmechaniker für die Front anwerben. Er will den „Kaiser“ vernichten helfen, will aber, wie er sich vorstellt, nicht Soldat werden und Menschen töten. Während einer großen Offensivperiode er jedoch mitten in die Schlacht hinein und dort — er ist ein bester Hilfsarbeiter und gut- mütiger Gefelle — bei einem Maschinengewehr mit an, schießt auch aus einem Revolver, als er fälschlich vergerete Geschütz aus

der Eisernen Division gegen die Bolschewistenarmee zugestimmt usw., usw.

Die Genossen Polano, Mayer, Weinkop wandten sich entschieden gegen die Angliederung der Unabhängigen Partei an die dritte Internationale. Der Genosse Lorkowski erklärt, daß die Angliederung von politischen Organisationen, die ihr Pro- gramm nicht offen erklären, und nicht klar zum Ausdruck bringen, mit wem sie sich verständigen wollen, keinesfalls gebildet werden dürfe.

Darauf erhielt Crispian das Wort. Und was sagte er? Er stellte — laut Bericht der „Freiheit“ — nach dieser Serie von Auftritten „mit Genugtuung fest, daß die Mitglieder der dritten Internationale augencheinlich n un- mehr ausreichend über die Vorgänge in Deutschland unterrichtet seien.“ Das ist selbst der geduldigen „Freiheit“ zuzulassen und sie lohnt über offenbare Versäumnisse des Berichts. So arg kann es aber nicht sein. Wilhelm Herzog nämlich, der sich in Moskau erfolgreich einer bolschewistischen Befehlshaber unterzogen hat, funkt von dort Berichte an das Hamburger Parteigebiet der Unabhängigen, offenbar mit offizieller Unterstützung der Sowjetregierung, aber sehr zum Verger der „Freiheit“, die sich über die „Unzuverlässigkeit“ dieser Berichterstattung entrüstet. Radek wandte sich, so heißt es in dem Bericht Lorkowskis, „mit äußerster scharfen Worten gegen die Taktik des Zentralkomitees der U. S. B. D.“

Während Engländer, Italiener, Franzosen, Amerikaner, Jnder, Chinesen, Koreaner seit Wochen und Monaten den Weg nach Moskau gefunden hätten, glänzten allein die deut- schen durch Abwesenheit.

Die Abwesenheit ihrer Redner sei unbillig, so sprechen die Öandler, schlechte Kaufleute, jedenfalls keine Re- volutionsäre. Entweder wollen sie den Anschluß an die dritte Internationale oder sie wollen ihn nicht. Aber unwürdig ist es einer revolutionären Partei, die Phrasen der bürger- lichen Diplomatie im Verkehr mit dem Exekutivkomitee der dritten Internationale zu verwenden (Papiermangel, keine Zeit vor den Wahlen und ähnliches).

Ueber die Behandlung der Unabhängigen in Moskau läßt Herzog seinen Freund Radek folgende Äußerung:

„Argenteine Meinung zu laugen Nebenbarten besteht bei uns nicht. Wenn sie glauben, daß sie uns durch die fünf Millionen Wähler imponieren können, so antworten wir ihnen mit der „Deutschen Tageszeitung“: Die Millionen werden mit den Kom- munisten gehen in jedem praktischen Kampf, nicht mit den Füh- rern, die sie betrügen wollen.“

Dierzu versichert die „Freiheit“, es werde durchaus nicht so schlimm mit den Unabhängigen in Moskau verfahren, wie ja aus ihren Berichten hervorgeht. Nach dem obigen Zitat aus dem „Freiheit“-Bericht kann sich aber jeder ein Bild machen, ob in Moskau mit den Unabhängigen nach Radeks Rezept verfahren wird oder nicht.

Der Kampf gegen die Ausfuhrabgabe.

Eine Eingabe der Unternehmer.

Berlin, 6. August. Der Hauptausschuß des Reichsber- bandes der deutschen Industrie beschloß, von Regierung und Reichstag die schleunige Aufhebung der sogenannten sozia- len Ausfuhrabgabe zu fordern. Die Voraussetzungen, unter denen sie seinerzeit von der Zentralarbeitsgemeinschaft be- schlossen worden sei, seien bereits im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Abgabe nicht mehr vorhanden gewesen, im Gegenteil hätte bereits damals die folgende Ausfuhr (1) jede solche Bem- mung verbieten müssen. Die Wirkung dieser Abgabe sei im höch- sten Maße unsozial, da sie deutschen Erzeugnissen den Aus- landsmarkt erschwere und weitverbreitete Arbeitslosigkeit mit sich bringe.

Der Telephonstreik mit Saarbrücken ist seit Freitag früh von den Franzosen gesperrt. Vermutlich haben sich die Post- beamten der Auslandsbewegung aller Beamten gegen ihre Ent- rehung angegeschlossen.

irgendeiner Richtung unter tierischem Geheul auf sich losstürzen sieht. Er wird verwundet, kommt ins Lazarett und schließlich wie- der als Monteur nach Nordrußland. Dort lernt er den neuen öst- lichen Sozialismus kennen, begeistert sich aufs neue und treibt bei seiner Truppe revolutionäre Propaganda. Da er harmlos ist, wird die Sache nach wenigen Tagen entledigt. Er wird furchtbaren Folterqualen unterworfen, damit er seine russischen Genossen ver- raten solle; er tut es nicht, er wehrt sich, bis der Wahnsinn ihn von den entsetzlichen Folterqualen ins lästige Nichts herabfallen läßt. „Er gehört nicht mehr zu jenen, die in Verlogenheit und Zukunft blicken“ und sich nach dem sehnen, was nicht ist. Doch ist er ein „gutes Hündchen“, streichelt man ihn den Kopf, so reißt er sich an der fremden Hand und winselt gütlich.“ So endet dieses ehrliche Kämpferleben und zerbricht am dem Wahnsinn des Militarismus.

Solche grobe Inhaltsangaben vermag kaum einen Schatten von der Fülle des Lebens zu geben, das in dieses Buch von einem großen Künstler eingefangen ist. Trotz dem furchtbaren Schicksal und trotz dem Siege der roten Macht nimmt man doch aus dem Buche den Trost mit, daß auch jenseits des Ozeans die große soziale Re- volution unauflöslich sich vorbereitet.

Otto Ernst Geise.

„Sinn“. Diese schöne und sogar antike Wüstung für „Sicherheitspolitik“ ist weitgehend einem dringenden Bedürfnis ab. Nur wird der Nichteingeweihte, wenn er das liest, ganz gewiß zunächst an „Sinn“ denken, zumal in dieser Dichtung. Wenn man die Jungenschorungsweise schon für unerträglich hält, so sollte man doch auch etwas auf den Sinn achten. „Sinn“ z. B. wäre schon eher zu durchschauen. Aber nur weiter — wir haben ja jetzt Ruhe, da der Reika Holtenbach ebenso wie der Kumi Simons in Berlin gegangen sind und der Wehmiller Geister inzwischen die Republik bemacht.

Wührenddessen. Red. Max Barth, bekannt von seiner früheren Mithras-Revolution an Berliner Theatern, wurde an das „Neue Volkstheater“ als Darsteller verpflichtet.

Die verschwandene „Pauline“ geht am Sonnabend im Zentral- theater zum 100. Male in Szene.

Das Institut für Kulturforschung blüht auf das erste Jahr seiner Arbeit zurück. Es ist eine freie Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung kultureller Fragen aller Völker. Als geeignete Verbreitungsmittel wurde der Film herangezogen. Eine Sammel- und Anstaltsstelle über 200, was Wissen und Reformen angibt, wurde eingerichtet. Zu den großen kulturellen Problemen wurde im Hinblick an die Friedens- bedingungen durch Herstellung von kartographisch historischen Zeitschriften Stellung genommen (z. B. „Das Deutschland im Osten“, „Rollen und Friedensvertrag“). Ein weiteres Gebiet sind die kulturellen Zusammenhänge, in denen über 50 Kulturen aus den Berliner Wäldern verstreut sind. Eine Mischung von wissenschaftlichem und künstlerischem Film stellt der „Kultur- film“ dar. Kein künstlerischer und eine Art von Märchenfilm stellen die „Süßholzwälder“ dar. Mit einem Blick auf die gesamte Produktion will das Institut demnach vor die Öffentlichkeit treten.

Groß-Berlin

„Orgesch“

Man fragt: Was ist das für ein Wort, ist's bawarisch, mecklenborgesch, ist's was zu essen, ist's ein Sport? Kurz: was ist „Orgesch“?

So hört denn: Alles, was verbrecherisch auf Sozialismus, Fortschritt drängt, das wird vom Hauptmann a. D. Esheric prompt mittelst „Orgesch“ ausgehängt.

Der Mordstudent, der Schlagetot, und wer noch sonst das Volk gepeinigt, Prof. Junker, Schieber, Sektidiot sind hier zur Waffenmacht vereinigt.

Troh Herzklapp, Fettsucht und Marasmus führt „Orgesch“ sie die Bahn des Ruhms. Kurz: „Orgesch“ — das ist der Orgasmus des mildgewordenen Spießertums.

W. v. Lindenbuden.

Die Bahnsteigkarte.

Ort der Handlung: Potsdamer Bahnhof.

Personen: J., der Mann an der Sperre, ein Aufsichtsbeamter, Volk, zwei Gepäckwagen, zwei Eisenbahnzüge.

I. Akt.

J. Löse mir eine Bahnsteigkarte, um meinen Schwiegerbater abzuholen, erkundige mich nach dem Bahnsteig, auf dem der Zug voraussichtlich einlaufen wird, gehe zu der mir von früher her bekannten Zeit auf den Bahnsteig. Der Zug läuft ein — mein Schwiegerbater kommt nicht mit. Ich warte und mit mir eine kleine Anzahl anderer Unglücklicher, bis sich die Ankommenden, Dienstmänner, Gepäckwagen usw. verlaufen haben. Auf eine Anfrage erhalte ich die Auskunft, der von uns erwartete Zug läme 15 Minuten später, seit dem 1. Juni sei eine kleine Änderung im Fahrplan eingetreten.

II. Akt.

Wir beschließen zu warten, man erklärt uns — der Höhepunkt!! — es wäre verboten; es müßten in diesem Falle noch zwei Beamte mit uns warten, und die wären nicht da. Wir müßten also herunter vom Bahnsteig. Die Bahnsteigkarten sollen abgenommen und neue Bahnsteigkarten zu dem Zuge, der 15 Minuten später eintrifft, gelöst werden. Ich überlege jetzt vor der Sperre, warum diese sinnige Verfügung.

Der Grund kann nur berechtigtes Mißtrauen gegen das wartende Publikum sein. Aber was gibt's auf dem Bahnsteig zu stehen? Außer zwei großen leeren Wagen zur Beförderung von Handgepäck befindet sich nichts auf dem Bahnsteig. Häuslich niederlassen kann man sich auch nicht. Der Aufsichtsbeamte kommt, Beschwerde, Erklärungen, daß die Verfügung dahin gehe, die Bahnsteigkarten gelten nur für einen zu erwartenden Zug. Auf meinen Einwurf, auf der Bahnsteigkarte stünde: Gültig für den Tag der Lösung, erwidert er: Verfügung von oben. Da habe ich produziert, die neue Zeit hat angefangen. Und ich habe mich nicht geirrt. Der Mann besigt in seinem Bufen ein schlendes Herz und läßt uns die Bahnsteigkarten zurückgeben, so daß ich ohne die Ruuungsgabe von 50 Pf. meinen Schwiegerbater nun doch abholen kann.

III. Akt.

Sache der Eisenbahnbehörde, die derartig lästliche Verfügungen erläßt.

Dr. M.

Ergleichungsarbeit für 1,66 M. pro Stunde?

Auf den großen Auenplatzplätzen der Stadt Berlin, die sie für erholungsbedürftige und spiellustige Schulkinde geschaffen hat, sind in diesem Sommer etwa 450 Leiter und Leiterinnen tätig. Im „Vorwärts“ wurde bereits Mitte Juni gerügt, daß man sie bei einer zwölfstündigen Arbeits-

zeit mit dem Bettelohn von 12 M. pro Tag oder 1 M. pro Stunde abspesite. Es kam dann eine Erhöhung des Betrages auf 15 M. pro Tag für die an der Spielleitung beteiligten Lehrer und Lehrerinnen, auf 20 M. pro Tag für die übrigen Leiter und Leiterinnen. Mit Recht erklärten diese auch 20 M. pro Tag oder 1,66 M. pro Stunde für durchaus unzulänglich und fordern, daß die Vergütung weiter erhöht wird und zwar mit rückwirkender Kraft.

Ein von Leitern und Leiterinnen der Spiele und überhandte Darstellung führt aus, daß z. B. bei einem Stundenlohn von 5 Mark ein Tagelohn von 60 Mark und ein Wochenlohn von 360 Mark herauskommen würde. Aber sie fordern noch nicht an-

An unsere Abonnenten.

Unsere Abonnenten ersuchen wir, um Verzögerungen in der Zustellung des „Vorwärts“ zu vermeiden, den Abonnementsbetrag im ersten Drittel des Monats bei Vorliegen der Quittung zu begleichen. Beschwerden über unregelmäßige Zustellung bitten wir an die zuständige Ausgabe stelle zu richten. Bei Nichtberücksichtigung der Beschwerde durch die Ausgabe stelle ersuchen wir, die Zeitungszentrale, Jerusalem Str. 5/6, oder die Hauptredaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 3, hiervon zu benachrichtigen.

nähernd so viel. Sie haben beim Magistrat eine Erhöhung auf 24 Mark für Lehrer und Lehrerinnen, auf 28 Mark für die übrigen Leiter und Leiterinnen beantragt, so daß der Stundenlohn sich erst auf 2 Mark bzw. 2,33 Mark stellen würde. Nebenbei bemerkt: zwölfstündig ist die Arbeitszeit, weil die Leiter und Leiterinnen die Kinder nicht nur auf den Spielplätzen betreuen, sondern auch am Morgen den Abmarsch von den Sammelstellen leiten und am Abend die Heimgelehrten von dort aus in die Wohnungen entlassen. Troy zwölfstündiger Arbeitszeit ist der Antrag auf Erhöhung abgelehnt worden, wobei die von dem Rämmerer geltend gemachten Bedenken den Ausblick gegeben haben sollen. Die Leiter und Leiterinnen der Spiele haben darauf den Schlichtungs-ausschuh angerufen und hoffen von ihm, daß er ihre Forderungen als berechtigt anerkennt wird.

Man soll die Tätigkeit, die mit der Leitung solcher Spiele ge- leistet wird, nur nicht unterschätzen. Es handelt sich da wirklich nicht nur um eine Sache, die etwa selber „nur Spielerei“ wäre und sich mit einem „Erholungsurlaub“ vergleichen ließe. Sie ist, wenn die Leiter und Leiterinnen in den 12 Stunden jeder- zeit ihre Pflicht tun sollen, eine reichlich anstrengende Arbeit.

Wächung bei Kinderreisen nach der Schweiz. Nach einer Mit- teilung der Eisenbahndirektion Berlin ist es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß an der deutschen Grenze häufig Kinder, die zur Erholung in der Schweiz untergebracht werden sollen, die Fahrt bis zur Grenze mit einem falschen Fahrpreisermäßigungsan- trage zurückgelegt haben. Hierdurch erwachsen den Kindern und deren Angehörigen in der Mehrzahl der Fälle zahlreiche Schwierig- keiten, die eine Verzögerung an der Grenze zur Folge haben. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um Kinder, die auf Grund von Einpasspässen die Reise selbständig ausführen. Zur Vermeidung dieser Verzögerung an der Grenze sollen daher Anträge auf Fahrpreisermäßigung abgelehnt werden, wenn sie auf den orangefarbenen, nur für Inland-Landaufenthalte gestellt worden, aber für eine Auslandsreise Berechtigung haben sollen.

Für die Einrichtung des Festsaales des Rathauses für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage auf Bewilligung von 24500 M. gelangen lassen. Von einer räum- lichen Erweiterung des bisherigen Stadtverordneten-Sitzungs- saales hat der Magistrat im Hinblick auf die hohen Kosten abgesehen. Die Veranschlagung über die Neuerrichtung des Stadtverordneten- Sitzungssaales bleibt gemäß dem Wunsch der Stadtverordneten der neuen Stadtverordneten-Versammlung vorbehalten.

Die Aufnahme einer Kasse von 200 Millionen Mark und die Ausgabe von Schuldschreibungen auf den Inhaber ist der Stadt genehmigt worden.

Der Jüder, „legen“, über den wir vor einigen Tagen berichteten, hat für uns einen wahren Anfragen „regen“ eingebracht, der

kein Ende findet. Zur Verhütung der Gemüter sei daher mit- geteilt, daß die von uns wiedergegebene amtliche Meldung lediglich die Freigabe der Zudermengen anfündigen sollte. Die Verteilung kann natürlich nicht an einem Tage über das ganze Reich, nicht einmal über Groß-Berlin erfolgen. Wir emp- fehlen allen ungebildigen Hausfrauen es mit dem Berliner Wort zu halten: „Nur nicht drängeln, es kommt jeder ran!“

Das Geschwisterpaar Kögler ist in vollem Umfange ge- ständig, bestreitet aber entschieden, daß eine Lösung Wolfers von vornherein beabsichtigt war. Sie wollten nach ihrer Dar- stellung, die auch glaubhaft erscheint, den Kaufmann nur be- täuben und berauben. Doch ist über das Verbrechen noch nicht bernenommen. Verschiedene Hautabschürfungen an den Händen sind noch Folgen des harten Kampfes mit seinem Opfer. Die Angaben, die die verschiedenen Zeugen von dem „Ehepaar“ gegeben hatten, wichen schon ganz voneinander ab. Aber auch das Bild, das die Kriminalpolizei von den übereinstimmenden Angaben der Zeugen sich machen mußte, stimmte mit dem wirklichen Aus- sehen des Paares gar nicht überein.

Friedhofsdiebe suchten den St.-Georgen-Friedhof am Königsbor beim. Sie stahlen von einer Grabsteinfriedigung ein 80 Zentimeter hohes und 8 Meter langes Bronzegitter, ohne daß der Dieb- stahl bemerkt wurde. Wahrscheinlich werden die Grabhändler die kunstvolle Arbeit zerstückeln und die wertvolle Bronze als Altmetall verkaufen.

Die Schreibmaschinendiebe treiben es in der letzten Zeit immer ärger. Da eine einzelne Maschine 4—10000 M. kostet und sie da- für jederzeit willige Abnehmer finden, so betrachten sie diese als gute Beute. In der Donnerstagnacht allein wurden nicht weniger als 15 Schreibmaschinen gestohlen. Bei der Großherzogin- Carolinen-Mühle K. G. in der Potsdamer Str. 33 erbeuteten sie allein 5 Maschinen, ebenso mehrere bei der Firma Schäfer u. Claus in der Leipziger Straße 18 und der Firma Beufert in der Schlesi- schen Straße 32. Aus dem Bureau des Justizrats Vettertsdorf in der Behrenstraße 23 stahlen sie zwei Schreibmaschinen, aus der Klinik des Sanitätsrates Dr. Taendler in der Johannis- straße 14/15 eine.

Sommerfest. Die Genossen der Arbeitsgruppe Osten I (15.—18. Akt.) veranstalten heute im Konzertgarten „Schwanen- berg“, Alt-Stralau, Tunnelstraße, ein Sommerfest. Aus dem reichhaltigen Programm heben wir hervor: Vorträge des Gesang- vereins „Sängerfranz“, M. d. A. S. V., turnerische Aufführungen der „Freien Turnerstaff“, Mandolinenzug und Reigenzüge der „Arbeiterjugend“. Für die tanzlustige Jugend findet im Saal Ball statt. Außerdem Kinderbelustigungen. Anfang 4 Uhr. Billets zum Preise von 1,50 M. sind bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. Kinder frei.

Das Apollo-Theater erweist sich auch in diesem Monat eines ausverkauften Hauses. Das Programm ist mit viel Geschick zusammengestellt und wird so ziemlich allen Anforderungen gerecht. Herr Reinsch, der bekannte Schauspieler, hat die Piktomanie mit der Varietébühne vertauscht, die Vier Millionen zeigen großartige Marmorgruppen, während Hel. Grube durch ihre Charaktertänze gefüllt und die 2 Samots sich in einem tomischen Modischer-Akt produzieren. Eine Sensation aber ist die Rehel- Truppe mit ihren Dedenläufen. In der Kuppel des Theaters laufen sie mit dem Kopf nach unten hängend auf einer großen Metallplatte. Den Schluß und Höhepunkt des Programms bildet die Varietébühne „Fliegentänzer-Heinrichs Wald“. Baldre Lachsalben entfesselt der auch den Berlinern nicht unbekannt Paul Beders mit seiner kleinen Gesellschaft. Solange Fliegentänzer-Heinrichs Fliegentänzerlied im Apollo-Theater erklingt, braucht es der Direktion trotz Ferien und Hundstagsbisse um den Besuch nicht bange zu sein.

Neulösa. Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine lange Tagesordnung zu erledigen, mit der sie ziemlich rasch fertig wurde. Ohne Erörterung wurde eine Reihe teils geringer, teils erheblicher Geldbewilligungen genehmigt. In den beäug- lichen Magistratsvorlagen lehrte überall die Klage wieder, daß die Ausgaben für Materialien, Kohlen, Strom, Löhne, Frachten usw. gestiegen sind. Für die Garmentverwaltung mußten infolge Auslieferung vieler in der Kriegszeit unterbliebenen Arbeiten, die nun höhere Lohnausgaben erforderten, 300 000 Mark für 1919 nach- bewilligt werden. Von den auf 30 000 Mark veranschlagten Kosten der beschlossenen Wiederherstellung des Spielplatzes an der Seiffingstraße sollen 25 000 Mark durch die Heeresverwaltung zurückgestattet werden, die in der Kriegszeit den Platz für militärische Übungen benutzte hat. Für Bauarbeiten am

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Es regnet, der Weg ist schmutzig, aber Barbro geht weiter. Es wird Abend, und da der Sanft-Clafstag noch nicht gewesen ist, wird es nicht dunkel. Arme Barbro, sie schont sich nicht, sie hat eine bestimmte Absicht, sie hat ein Ziel, und so nimmt sie den ersten Kampf auf. Sie hat sich im Grunde niemals geschont, ist niemals träge gewesen, darum ist sie auch ein schönes und feines Geschöpf. Barbro hat eine leichte Auffassungsgabe, gebraucht sie jedoch oftmals zu ihrem eigenen Verderben. Was war auch anderes zu erwarten? Sie hat gelernt, sich von einer Not in die andere zu retten, aber sie hat verschiedene gute Eigenschaften behalten; der Tod eines Kindes ist ihr nichts, aber ein lebendiges Kind könnte es gut bei ihr haben. Außerdem hat sie ein sehr musikalisches Ohr, sie kimpert weich und richtig auf der Gitarre und singt mit etwas heiserer Stimme dazu, was angenehm und etwas wehmütig anzuhören ist. Sie selbst schonen? So, so wenig, daß sie sich selbst völlig weggeworfen und den Verlust nicht einmal empfunden hatte. Sie und da weinte sie, und das Herz wollte ihr über dies und jenes in ihrem Leben fast brechen; das gehört dazu, das kommt von den rührenden Liedern, die sie singt, das ist die Poesie und die süße Wärme der Wehmüt in ihr, sie hat häufig sich selbst und andere damit angeführt. Sätte sie ihre Gitarre mit sich nehmen können, so hätte sie heute Abend Arel etwas vorgeklimmert.

Sie richtet sich so ein, daß sie ihn spät anlangt, und auf Maaneland ist alles still, als sie den Hofraum betritt. Sie mal an, Arel hat schon in der Nähe des Hauses mit dem Nähen begonnen und wahrhaftig auch schon etwas trodenes Heu eingefahren! Nun überlegt sich Barbro, die alte Olive wird drinnen in der Schlafkammer schlafen und Arel in der Beuschkammer, wo sie selbst früher geschlafen hatte. Wie ein Dieb in der Nacht schiebt sie auf die bekannte Lüre zu, dann ruft sie leise: „Arel!“ — „Was gibt's?“ antwortet Arel sofort. — „Ich bin's nur.“ sagt Barbro und tritt zu ihm ein. „Kannst du mich über Nacht hier behalten?“

Arel schaut sie an, er ist etwas langsam, er sitzt in seinen Unterleiden da und schaut sie an. „So, du bist's?“ sagt er. „Wo willst du hin?“ — „Ja, das kommt nun zuerst darauf

an, ob du eine Hilfe für die Sommerarbeit brauchst.“ erwidert sie. — Arel denkt darüber nach und fragt: „Bleibst du nicht länger dort, wo du gewesen bist?“ — „Nein, bei Schultbeihens hab ich Schluß gemacht.“ — „Ich könnte recht gut eine Hilfe für die Sommerzeit brauchen.“ sagt Arel. „Aber was soll das heißen, willst du etwa wiederkommen?“ — „Nein, du brauchst dich gar nicht um mich zu kümmern.“ wehrt Barbro ab. „Morgen geh' ich weiter nach Sellantaa und über die Berge, dort hab ich eine Stelle.“ — „So, du hast dich verdingt?“ — „Ja.“ — „Ich könnte wohl eine Hilfe für den Sommer brauchen.“ wiederholt Arel.

Barbro ist ganz nah, aber sie hat Kleider in ihrem Kuck- sack bei sich und muß sich umziehen. „Kümmere dich gar nicht darum, daß ich hier bin.“ sagt Arel und weicht nur ein wenig nach der Tür zurück. Barbro zieht die nassen Kleider aus, und währenddessen sprechen sie miteinander, und Arel dreht öfters den Kopf nach ihr um. — „Aber jetzt mußt du ein wenig hinausgehen.“ sagt Barbro. — „Hinausgehen?“ fragt er. Und es war auch wirklich kein Wetter zum Hinausgehen. Er steht da und sieht zu, wie sie immer naakter wird, er kann kein Auge von ihr verdrehen; und wie gedankenlos Barbro ist, sie hätte gut immer ein trodenes Stück anlegen können, wenn sie das nasse abzog, aber das tat sie nicht. Ihr Hemd ist ganz dünn und klebt an ihrem Körper, sie knüpft es auf der einen Achsel auf und wendet sich um, sie ist sehr geübt. In diesem Augenblick schweigt Arel dums still, und sieht, daß sie nur einen Griff oder zwei braucht, um das Hemd abzu- ziehen. Das sei prachtvoll gemacht, denkt er. Und da bleibt sie nun ganz gedankenlos stehen.

Er spräche liegen sie im Heu und unterhalten sich. Natürlich, er brauche eine Hilfe für den Sommer, das fehlte nicht. — „Ja, so sagte man mir.“ stimmt Barbro bei. — Er habe auch in diesem Jahr wieder allein mit dem Nähen und Heumachen anfangen müssen, Barbro könne sich das selbst gut denken. — Andererseits sei es doch gerade Barbro gewesen, die da- mal's davon gelaufen sei und ihn ohne weibliche Hilfe zurück- gelassen habe; das könne er nicht vergessen, und die Ringe habe sie auch mitgenommen. Und zu aller Schmach hin sei auch noch ihre Zeitung immer weiter gekommen, diese Ver- genische Zeitung, die er gar nicht loswerden konnte, und er habe sie hinterher noch für ein ganzes Jahr bezahlen müssen. — „Das war ja ein schändliches Blatt.“ sagte Barbro und stellte sich völlig auf seine Seite. Aber bei so großer Will-

fähigkeit konnte auch Arel kein Unmensch sein, er gab zu, daß Barbro Grund gehabt haben könnte, sich auch über ihn zu ärgern, weil er die Aufsicht über die Telegraphenlinie ihrem Vater weggenommen hatte. „Aberigens kann dein Vater den Telegraphen wieder haben, ich mache mir nichts daraus, es ist nur Zeitverlust.“ — „Ja.“ sagte Barbro. — Arel überlegte eine Weile, dann fragte er geradezu: „Ja, wie ist das, willst du nur den Sommer über bleiben?“ — „Ach, das soll so werden, wie du es haben willst.“ entgegnete Barbro. — „So, ist das deine aufrichtige Meinung?“ — „Ja, genau was du willst, das will ich auch. Du brauchst nicht mehr an mir zu zweifeln.“ — „So.“ — „Nein. Und ich hab uns auch in der Straße aufbieten lassen.“

So. Das war keine schlimme Kunde. Arel blieb ruhig liegen und überlegte. Wenn es diesmal ernst war und nicht wieder ein schändlicher Betrug, so hatte er die eigene Frau im Hause, und es war ihm für alle Zeit geholfen. — „Ich hätte eine Frau von daheim haben können.“ sagte er. — „Sie hat geschrieben, sie wolle mich haben. Aber ich hätte ihr die Rückreise von Amerika bezahlen müssen.“ — Barbro fragt: „So, ist sie in Amerika?“ — „Ja, sie ist voriges Jahr hin- gereist; aber es gefällt ihr nicht dort.“ — „Nein, du mußt dich nicht um sie kümmern!“ erklärt Barbro. „Was würde sonst aus mir?“ fragt sie und beginnt zu weinen. — „Darum hab ich es auch nicht fest mit ihr gemacht.“ sagt Arel.

Nun wollte Barbro aber auch nicht zurückstehen, sie be- kannte, daß sie in Bergen einen Mann hätte haben können, er sei Bierführer bei einer gewaltig großen Brauerei, und ihm sei viel anvertraut. Und er grünte sich gewiß immer noch um mich.“ sagt Barbro schluchzend. „Aber weicht du, wenn zwei Leute soviel miteinander geholt haben, wie du und ich, Arel, dann kann ich ihn nicht vergessen, wenn du mich auch längst vergessen hast.“ — „Wer, ich?“ erwidert Arel. „Nein, darum brauchst du nicht zu weinen, ich habe dich nie- mals vergessen.“ — „So.“

Dieses Zugeständnis ist Barbro eine große Hilfe, und sie sagt: „Anfinn, was willst du denn das viele Reisegeld ganz von Amerika herüber bezahlen, wenn du es doch nicht nötig hast!“ — Sie rät ihm die ganze Sache ab, es würde zu teuer, und er sei doch nicht dazu gezwungen. Barbro schien es sich in den Kopf gesetzt zu haben, sein Glück selbst zu be- gründen.

(Fort. folgt.)

Der neue Anfang.

Aus Genf wird uns gedruckt:

In den späten Abendstunden des Donnerstags ist der erste Kongress der zweiten Internationalen am Ende gegangen, der Kongress der Wiederherstellung und des neuen Anfangs. Um diese Wiederherstellung herbeizuführen, war es notwendig, auf die im Krieg entstandene Gefinnungsrichtung vieler Delegierter Rücksicht zu nehmen. Die Resolution über die „Verantwortlichkeiten“ hat die Atmosphäre gereinigt und die Völn freigegeben. Das konnte sie, obwohl sie in weiteren Ausschussberatungen eine wesentlich andere Form angenommen hatte, als jene erste, die in Deutschland begreiflicherweise Kopfschütteln erregt hatte. Die deutsche Delegation verläßt diesen Kongress mit dem Gefühl tiefer Befriedigung und mit dem Bewußtsein, daß er für das arbeitende Volk und ganz besonders auch für das Proletariat Deutschlands Gutes geleistet hat.

Würden die Gefinnungen, die ihn beherrschten, allgemein gut sein, so bräde damit ein neues Zeitalter der Menschheit an. Einseitigen aber ist es schon eine großer Erfolg, daß eine breite Breite geschlagen ist in die moralische Blockade und daß die dauernde Verbindung zwischen den Arbeitern der Siegerländer und denen der besiegten Staaten wiederhergestellt ist.

Der Kongress erreichte seinen dramatischen Höhepunkt, als Donnerstag morgen Ramsan Macdonald die Resolution, die eine Disfaktion für Zentraleuropa beantragt, begründete, Marie Juchacz im Namen der Deutschen ihm dankte und der Belgier de Brouckere, in einer Rede, die geradezu Weisheitswort hervorrief, dem Antrag der Engländer beitrug. In dieser Debatte lebte der Geist einer Menschheit, die sich durch die Kraft der Solidarität aus ihrem Elend erhebt. Es war viel mehr, als daß man sich gegenseitig an seinen guten Absichten begeisterte. Es war echter Wille zur Tat!

Die folgenden Auseinandersetzungen über Sozialisierung und Staatsform zeigten, daß die auftauchenden Probleme der neuen Zeit auch in der zweiten Internationalen lebendig sind. Vornehmlich die englische Arbeiterpartei weist auf ihrem linken Flügel Zeichen scharfer Radikalisierung auf. Im allgemeinen aber herrschte doch die Ueberzeugung, daß es heute weniger darauf ankommt, Endziele zu formulieren als einen praktischen Anfang zu machen. Daß dies nicht anders möglich ist als auf Wegen der Demokratie, auch darüber herrscht volle Uebereinstimmung, wenn auch niemand die Demokratie, wie sie heute ist, als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten geneigt ist.

Nach den starken rhetorischen Wirkungen, die Vandervelde bei der Verteidigung der Demokratie erzielte, war es der Bericht des Vorsitzenden des englischen Textilarbeiterverbandes Tom Shaw über die Ergebnisse der englischen Untersuchungsreise durch Rußland, der den allerstärksten Eindruck machte. Eine Darstellung, die auf unmittelbarer Erfahrung beruht, bekräftigt den Kongress in seiner klaren Entscheidung. Das Proletariat Westeuropas wird sich die Methoden seines Kampfes nicht von Rußland vorschreiben lassen.

Die Resolution über das politische System, die gegen die eine Stimme Macdonalds angenommen wurde, wird in Einzelheiten Diskussionsgegenstand bleiben, zeigt aber im ganzen, daß die zweite Internationale die deutsche Methode, die politische Demokratie mit der Wirtschaft demokratie zu verbinden, akzeptiert. Auch hier zeigt sich scharf der Unterschied zwischen Ost und West, zwischen dem autokratischen Staatssozialismus und dem Sozialismus der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, der die Wirtschaftsform der Zukunft bildet.

Alles in allem war man in Genf nicht weniger entschlossen als in Moskau, man war nur anders entschlossen, nämlich für Weltfrieden, Wiederaufbau, methodischen Kampf gegen den Kapitalismus, für planmäßige Reorganisation der Wirtschaft. Diese Stellungnahme konnte auch nicht ohne Einfluß auf die auswärtige Politik des Kongresses bleiben, der für das Recht der russischen Randstaaten auf Selbstbestimmung nachdrücklich eintrat. Auch die deutsche Sozialdemokratie konnte gegenüber einer Herabminderung Polens durch die Sowjetmacht nicht gleichgültig bleiben. Der Geist der Zivilisation und der Freiheit hat die Genfer Tagung beherrscht, und dies ist auch der edle Geist der Arbeiterklasse und des Sozialismus.

Die Einladung Vanderveldes, den nächsten Kongress in zwei Jahren in Brüssel abzuhalten, wurde mit lauter Zustimmung angenommen, und wieder erhob sich stürmischer Beifall, als der greise Vorkämpfer der sozialistischen Arbeiter-Internationalen, Genosse Edward Bernstein, die Schlussschlußrede hielt, die von einer Stimmung starker Auversicht getragen war. So konnten wir deutschen Sozialdemokraten aus Genf anders nach Hause als die Unabhängigen aus Moskau.

Die Schlußsitzung.

Genf, 5. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Schlußdebatten auf dem Kongress brachten vor allem den Bericht

der politischen Kommission. Vandervelde feierte Bernstein und Kautsky als Vorkämpfer des europäischen Sozialismus im Gegensatz zu der Selbstkritik, die Lenin soeben in Moskau besonders drastisch unterbreitet hat. Scheidemann betonte, daß unsere Demokratie keineswegs parlamentarischer Kremlismus sei, sondern eine dauernde Mitarbeit der Arbeiterklasse. Wir suchen nicht die Weltrevolution der Gewalt, sondern die Friedensarbeit, und die internationale Sozialdemokratie bereite den Weg zur sozialistischen Gesellschaftsarbeit. Der englische Einspänner Mac Lean forderte Konzeffionen an den Bolschewismus, erhielt jedoch eine scharfe Antwort des englischen Eisenbahners Thomas, der betonte, die Interessen der Arbeiter seien gegen jeden Krieg, also auch gegen einen bolschewistischen. Shaw berichtete darauf über seine Erfahrungen anlässlich seiner Rußlandreise; die Herrschaft des Bolschewismus zeige keine Proletariatscharaktere, sondern eine Militärdiktatur. Die Anträge Mac Leans zum Bericht der politischen Kommission wurden darauf gegen wenige Stimmen, teilweise nur gegen die Stimme des Antragstellers, abgelehnt. Die Fragen der kleinen Nationen wurden dem Exekutivkomitee überwiesen. Nachdem noch ein Pole und ein Litauer zu Wort gekommen waren, sprach Alterspräsident Ed. Bernstein, der mit großem, allgemeinem Beifall empfangen wurde, das Schlußwort. Bernstein betonte, daß er seit 1872 Mitglied der Internationale sei und die erste Spaltung der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale erlebt habe. Trotzdem damals zeitweise der völlige Untergang der Organisation gedroht habe, sei die Spaltung überstanden worden, und dies müsse auch heute wiederum möglich sein. Wenn auch manche Länder diesmal ausgeblieben seien, mit dem festen, einheitlichen Willen müsse auch jetzt wieder die Internationale hergesteuert werden. Hinter und neben viele Millionen Arbeiter, und es ist kein enger Selbstgeist, der auf dieser Tagung zum Ausdruck gekommen ist. Der gemeinsame freibewillige Geist und die einheitliche Grundlage des wissenschaftlichen Marxismus führen zur Demokratie, die erfahrungsgemäß der sicherste Weg zum Sozialismus sei. Der Kongress habe gute Arbeit geleistet. Mit einem Hoch auf die zweite Internationale, in das die Versammlung begeistert einstimmte, schloß Bernstein.

Vandervelde lud zum nächsten Kongress, der im Jahre 1922 stattfinden soll, nach Brüssel ein. Nach einer kurzen, herzlichen Aussprache des Präsidenten Shaw gingen die Delegierten auseinander.

Genf, 6. August. (Z. U.) Freitag vormittag trat hier das Exekutivkomitee der zweiten Internationalen zu seiner ersten Sitzung zusammen. An dieser nahm von deutscher Seite Abg. Weis teil. Auf der Tagesordnung standen die nächsten politischen Aktionen. Die Beschlüsse sind vertraulich. Das Komitee besteht aus den Genossen: Vanderson, Vorsitzender; J. S. Thomas, England; Schamheiser; Weis für Deutschland; Granting für Schweden; Stauning für Dänemark; Troelstra für Holland; Vandervelde bzw. de Brouckere für Belgien; Macdonald für England; der meiste Platz wird für Frankreich offen gehalten.

Schluß des Bergarbeiterkongresses.

Genf, 6. August. (Z. U.) Der interalliierte Bergarbeiterkongress hielt Freitag vormittag seine letzte Sitzung ab. Auf Vorschlag der englischen Delegation wurde die Errichtung eines permanenten internationalen Generalsekretariats beschlossen. Que (Deutschland) begründete eine Resolution, die die Verteilung der Kohle und anderer Rohstoffe auf internationalem Wege regeln und mit dieser Aufgabe das internationale Arbeitsamt beauftragen will. Die internationale Kohlennot sei nicht nur eine Folge der geringeren Kohlenförderung, sondern auch der schlechten Verteilung. Dies sei nicht nur bei der Kohle so, sondern auch auf jedem anderen wichtigen Rohstoffgebiet. Eine gerechte internationale Ueberweisung könne vieles ausgleichen.

Der Leiter des internationalen Arbeitsamtes Thomas dankte für das Vertrauen des Kongresses und sprach die Hoffnung aus, daß die in Frage kommenden Regierungen sich nicht der Rücksicht dieses Vorschlags verschließen werden. Die Resolution Que auf Einrichtung eines internationalen Kohlenbureaus wurde dem internationalen Komitee zu entsprechender Weitergabe überwiesen.

Der Kongress faßte eine Entschließung über die Ernährung der Kinder, die der dem Sozialistenkongress beschlossenen entspricht. Weiter drückte der Kongress in einer Entschließung die Ansicht aus, daß zur Erreichung der Rationalisierung bzw. Sozialisierung der Vermehrung aller Mittel angewendet werden müßten, die gleichen zur Verbesserung des Arbeitsverhältnisses. Als zum letzten Mittel bekannte sich der Kongress zum internationalen Generalsekretariat, dessen Grundlagen vor der Verkündung durch einen internationalen Vertrauensrat zu prüfen seien.

Zur Arbeitsfrage äußerte der Kongress die gleiche Ansicht wie der internationale Sozialistenkongress, nämlich, daß die Wiederkehr eines Weltkrieges wie des großen Weltkrieges, der eine Schwächung der Menschheit darstelle, mit allen Mitteln zu verhindern sei, wobei durch einen internationalen Streik. Die Annahme der letzten Entschließung erfolgte einstimmig unter langandauerndem Beifall. Die Versammlung erhob sich mit dem Ruf:

„Alles mit dem Krieg!“

und stimmte die Internationale an. Nachdem ein neuer Erntedankfest beschlossen worden war, dem zwei Franzosen, vier Engländer, drei Deutsche (Que, Wilmann und Imbusch), zwei Belgier, je ein Oesterreicher, ein Ungar, ein Pole, ein Luxemburger sowie zwei Tschechen und vier Amerikaner angehören, schloß Präsident Emille den Kongress.

Anklage und Parteibehe.

Frankfurt a. M., 6. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Stockholm gemeldet: Der sich zurzeit in Deutschland aufhaltende schwedische Linksozialist Lindhagen verlangt in einem Schreiben an die schwedische Regierung eine Untersuchung über die Art der Auswahl der nach den nordischen Ländern gefandenen deutschen Kinder, da die Gefahr einer einseitigen parteiischen Auslese vorliege. Nicht ohne Grund habe die norwegische sozialdemokratische (sozialistische) Partei darauf bestanden, daß die norwegischen Arbeiter nur Kinder aus Familien aufnehmen sollten, die den deutschen unabhängigen oder kommunistischen Parteien angehören. Derr Lindhagen empfiehlt, in Zukunft den Kindern bedürftiger Arbeiter eine Vozugsstellung einzuräumen.

Eine sofortige Klarstellung durch die Auswahlstellen ist unerlässlich, zumal Lindhagen ein ebener Mann in gesetzten Jahren und kein Fanatiker ist. Aber die Schwedenkinder nach dem vöterlichen Parteimitgliedsbuch auszuwählen, wäre eine wahre Schand!

Der bekannte Pazifist Kurt von Tepper-Laski, der Begründer des Bundes Neues Vaterland, bezieht am 8. August seinen 70. Geburtstag. Schon im April 1913 prophezeigte Tepper-Laski, daß ein neuer europäischer Krieg den „Erfolg“ des 30jährigen Krieges für Europa haben würde. Die Geschichte hat ihm Recht gegeben.

Heimkehrmöglichkeiten aus Sibirien.

Kopenhagen, 6. August. (Z. U.) Der dänische Konsul Möller-Holt aus Astuski äußerte sich der „Berlingske Tidende“ gegenüber über die Heimkehrmöglichkeiten der Kriegsgefangenen im asiatischen Rußland. Die Gefangenen östlich des Baikalsees — es handelt sich etwa um 15 000, hauptsächlich Oesterreicher und Ungarn — müßten in östlicher Richtung über Wladiwostok transportiert werden. Der Seehandel nach Wladiwostok sei im Gange, Schiffsraum ist vorhanden. Nur wegen der Kosten bietet der Heimtransport Schwierigkeiten. Alle sibirischen Gefangenen westlich des Baikalsees — etwa 100 000 Mann — müßten in westlicher Richtung befördert werden. Der schlechte Zustand des Bahnmateriale bereite hier die größten Schwierigkeiten. Möller-Holt glaubt nicht, daß alle Gefangenen noch in diesem Jahre in die Heimat transportiert werden können.

Amerika verbietet britische Kabellegung.

London, 6. August. Die britische Gesandtschaft in Washington verständigte den mit der Legation eines Kabels zwischen Barbados und Miami beauftragten britischen Offizier, die Arbeit einzustellen, bis er weitere Instruktionen erhalte. Wilson hat fünf Befehle nach Miami entsandt, die das Legen der Kabellegger verhindern sollen, weil die Western Union Cable Company nicht die staatliche Konzeffion besitzt.

Unnötige Aufregung.

Keine Räterepublik in Chemnitz.

Chemnitz, 6. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“, ein bürgerliches Organ, veröffentlichte heute früh die Nachricht, daß im Laufe des Freitag nachmittags die Räterepublik in Chemnitz ausgerufen worden sollte. Und zwar sollte dies geschehen im Verlaufe einer kommunistischen Protestdemonstration gegen die Entlassung, die auf 5 Uhr nach dem Königsplatz berufen war. Anlaß zu dem Gerücht gab folgende amtliche Meldung:

In der Nacht vom 5. zum 6. August gelang es der Landes-Sicherheitspolizei auf der Straße Oberbach-Zwidau ein Auto mit 13 bewaffneten Insassen anzuhalten und diese festzunehmen. Das Auto führte große Pakete mit, welche die Aufschrift hatten: Nieder mit der Regierung, Freisprechung des Prelatariats, Ausrufung der Räterepublik! Die Unterschrift lautete: Der Volksgewalt.

Die Demonstration der Kommunisten hat stattgefunden, sie ist aber vollkommen ruhig verlaufen. Es kamen keinerlei Ausschreitungen vor, geschweige denn, daß die Räterepublik ausgerufen wurde.

Braunschweiger Statschwierigkeiten.

Braunschweig, 6. August. Wie die „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ melden, haben die Beratungen des Finanzausschusses des Landtages, der seit drei Wochen mit der Statbearbeitung beschäftigt ist, ohne daß es der Regierung gelungen wäre, einen abgeschlossenen Etat vorzulegen oder über die Deckung des Defizits von ca. 20 Millionen Mark irgendwelche Vorschläge zu machen, heute ihren Abschluß gefunden. Die bürgerlichen Parteien haben die Erklärung abgegeben, daß sie ihre Mitarbeit im Ausschuss einstellen, bis es der Regierung gelungen sei, einen geordneten Etat vorzulegen.

Wirtschaft

Sabotage in Reichsbetrieben.

Wir haben uns mit dem Verhältnis der Reichspost zu den Kraftverkehrsvereinigungen wiederholt beschäftigt und müssen es nochmals tun, weil nichts geschieht, um diesem unerhöhten Zustand, das Reichsbetriebe gegeneinander kämpfen, ein Ende zu machen. Die Kraftwagenverkehrsvereinigungen arbeiten mit Reichs- und Provinzialgeldern in Höhe von 90 Millionen und erhalten außerdem noch garantierte Zuschüsse.

Wenn die Reichspost den Ueberlastungsautomobilverkehr aufnehmen will, so ist dagegen gewiß nichts einzuwenden, wennsich von sachmännlicher Seite nachgewiesen wird, daß dieser Verkehr als Personentransport ohne ausgebauten Posttransport der Post große Verluste verursachen wird. Wir haben hier nicht die technische Seite der Angelegenheit zu behandeln, sondern die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß durch eine Geheimratspolitik im Postministerium die Mittel des Reiches und der Steuerzahler in unwirtschaftlicher Weise verschwendet werden. Das Kabinett muß hier endlich eingreifen und dafür sorgen, daß in irgendeiner Form eine Verständigung zwischen den konkurrierenden Reichsbetrieben herbeigeführt wird, denn die Not des Reiches ist wohl so groß, als daß hier für ehrsüchtige Beamte besondere Verdienstausbehalte reserviert werden können.

Charakteristisch für den Geist im Reichspostministerium ist ja auch die von uns erwähnte Tatsache, daß zwischen Reichspost und den Reichswerken (Deutsche Werke A. G.) ein Zusammenarbeiten bisher nicht hergestellt werden konnte, obgleich sich die Reichsbetriebe alle Mühe gegeben haben, von der Post Aufträge zu erhalten.

Bedarfsdeckungswirtschaft und Konsumvereine.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 318 des „Vorwärts“ tritt Dr. W. Briemer mit Wärme für eine geordnete Bedarfsdeckungswirtschaft ein, die in ihrer Wirkung zu einer Verbilligung der Verbrauchsgüter führen müsse; er verweist dabei auf die Konsumgenossenschaften als geeignete Organisationen zur Durchführung einer der Erzeugung und den Verbrauch regelnden Wirtschaftsform. Diese Darlegungen verdienen weitgehende Beachtung und sind um so mehr zu begrüßen, weil bei einem großen Teil der sozialistischen Kreise die Konsumvereinsbewegung bisher nicht die gewünschte Verbreitung gefunden hat.

Einige Punkte der Ausführungen in jenem Artikel verdienen jedoch Gedankenansätze, die als abweichend bezeichnet werden müssen. Wenn u. a. eine das Bestehen mehrerer Genossenschaften am gleichen Ort voraussetzende Konkurrenz der Konsumvereine das Wort gerecht wird, so muß dieser Auffassung von jedem genossenschaftlichen Praktiker entschieden widersprochen werden. Die Konsumvereine können ihren großen wirtschaftlichen Aufgaben nur dann gerecht werden, wenn sie möglichst alle Kreise der einer geordneten Bedarfsdeckungswirtschaft zuzustehenden Verbraucherschaft einbeziehen umfassen. Jede Trennung in mehrere gleichartige Organisationen bedeutet Zersplitterung der Kräfte, Erschwörung des Aufbaues des einzelnen Vereins, Vähmung der so dringend erforderlichen Eigenkapitalbildung und letzten Endes Verleugung der Ueberforderung — mit einem Worte: Sabotage der grundlegenden Zwecke und Ziele des Genossenschaftsdenkens. Für kleine und mittlere Orte würde das Bestehen mehrerer Konsumvereine geradezu die Unterbindung einer wirksamen Konsumvereinsarbeit, in vielen Fällen den Ruin der Vereine zur Folge haben. Die Geschichte der Konsumvereinsbewegung erbringt hierfür dazuhelfende Beweise. Aber auch für die Großstädte ist der Gedanke des Konkurrenzens der Konsumvereine gegeneinander durchaus unannehmbar. Friedrich Mülller.

Zu der Frage „Konkurrenz unter den Konsumvereinen“ ist zu bemerken, daß es auch einen planmäßigen Wettbewerb gibt, der durchaus nicht unwirtschaftlich zu sein braucht, vielmehr einen Ansporn zu höchsten Anstrengungen und Leistungen bedeuten soll. Die Leistungen der großen Konsumvereine befreiben ihre Mitglieder in vieler Hinsicht nicht und stehen oft weit hinter denen des Einzelhandels. Die Verbilligung für die großen sozialen und ethischen Ziele der Konsumgenossenschaft lautet ab, wenn die Konsumgenossenschaft nicht wenigstens das gleiche bietet als die Konkurrenz des Einzelhandels. Niemand wird bestreiten können, daß a. B. ein zweiter Arbeiter-Konsumverein in Groß-Berlin imstande wäre, vielleicht mehr zu bieten als es der bestehende tut, weil seine Geschäftsführer nicht rühriger, unternehmender und überreicher sind als die des alten Konsums. Unwirtschaftlich wäre die Konkurrenz nur dann, wenn die Verkaufsstellen in den Absatzfreien dichters angelegt werden als der Absatzmöglichkeit entspricht. Darin würde eben der planmäßige Wettbewerb bestehen, daß sie sich über wichtige wirtschaftliche Fragen verständigen, bei Einkäufen, soweit es möglich ist, gemeinsam vorgehen usw.

Die Konsumbewegung umfaßt heute etw ein ganz kleines Teil der Lebensunterhaltsmittel und Verbrauchsmittel und ist außerordentlich ausbaufähig. Der Arbeiterschaft geht dieser Ausbau viel zu langsam. Den hunderten tausenden Einzelgenossen in Groß-Berlin haben hundert Konsumvereinsstellen gegenüber. Wer im Konsum mit diesem oder jenem Artikel nicht zufrieden ist, geht heute ins Einzelhandelsgeschäft oder Warenhaus, weil eben eine andere Konsumgenossenschaft fehlt. Daher brauchen wir auch im Konsum einen umfassenden Wettbewerb, der planmäßig miteinander arbeitet in der Richtung auf das große Ziel der genossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsrätegesetz und Wirtschaftsfrieden.

Durch das Betriebsrätegesetz sind die Forderungen der Arbeitnehmer auf ein wirkliches Mitbestimmungsrecht in keiner Weise erfüllt worden, aber auch die durchaus nicht weitgehenden und überaus auslegungsfähigen Paragraphen des B.R.G. werden von den Unternehmern durch schändliche Einwürfe vollkommen wirkungslos gemacht und die Schlichtungsausschüsse bemühen sich anscheinend, die Bestrebungen der Unternehmer zu unterstützen. So fällt der Schlichtungsausschuss Altona bezüglich des § 30 des B.R.G. über Abhaltung von Sitzungen der Betriebsvertretungen innerhalb der Arbeitszeit, folgenden Spruch:

„Die Betriebsvertretungen sind, nach § 30 des B.R.G. nur dann berechtigt, innerhalb der Arbeitszeit Sitzungen abzuhalten, wenn die Verhandlung des Gegenstandes nicht bis zum Schluss der Arbeitszeit hinausgeschoben werden kann. Ist der Vorsitzende der Betriebsvertretung der Ansicht, daß die Verhandlung des Gegenstandes nicht bis zum Schluss der Arbeitszeit hinausgeschoben werden kann, so hat er der Firma mindestens eine volle Stunde vor Beginn, unter Mitteilung der Tagesordnung, schriftlich Anzeige zu erstatten. Widerspricht die Firma, so bleibt es zunächst in das pflichtgemäße Ermessen des Vorsitzenden gestellt, ob er die Sitzung dennoch abhalten will oder nicht. Gilt er für ab und ruft die Firma den Schlichtungsausschuss an, so entscheidet dieser über die Dringlichkeit der Sitzung. War sie nicht dringlich, so haben die Mitglieder der Betriebsvertretung keinen Anspruch auf Bezahlung der durch die Teilnahme an der Sitzung veräußerten Arbeitszeit. Werden fortgesetzt ohne Dringlichkeit während der Arbeitszeit Sitzungen abgehalten, so kann darin unter Umständen eine grobliche Verletzung der gesetzlichen Pflicht durch den Vorsitzenden und auch die übrigen Mitglieder der Betriebsvertretungen liegen, die eine Auflösung derselben gemäß § 41 B.R.G. rechtfertigt.“

Die Unternehmer machen sich jedoch die Regelung dieser Frage erheblich leichter, indem sie einfach bei Sitzungen während der Arbeitszeit Gehalt und Lohn kürzen, ohne Rücksicht darauf, ob die Dringlichkeit anerkannt ist oder nicht. Bei manchen Firmen schwören bereits Hunderte von Klagen und die Betriebsvertretungen haben ihre liebe Not, diese Klagen zu bearbeiten.

Noch auffälliger ist ein vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin gefällter Schiedsspruch über die Gegenzeichnung von Nachträgen zur Arbeitsordnung auf Grund des § 30 B.R.G.:

„Die Anordnung der Geschäftsleitung wegen Aenderung der Kontrolle bedarf nicht der Unterschrift des Betriebsrates.“

Begründung:

Die Arbeitsordnung vom 16. Juli 1906 sieht im § 14 Abs. 3 eine Kontrolle vor, die bei Eintritt in das Geschäft und beim Verlassen zu passieren ist. Sie enthält keine Vorschriften darüber, in welcher Weise diese Kontrolle auszuüben ist. Die Geschäftsleitung hat sich also die Bestimmung über die Art und Weise der Kontrolle vorbehalten. Mithin liegt keine Aenderung der Arbeitsordnung vor, wenn sie während der Geltung der Arbeitsordnung in der Art und Weise der Kontrolle wechselt.“

Nach dieser Beweisführung braucht die Arbeitsordnung nur belanglose Nebenbestimmungen zu enthalten. Wenn dann die wirkliche Regelung der Ordnung durch Nachträge erfolgt, so soll gerade das, was es auf die Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft ankommt, die Betriebsvertretung nicht mitzusprechen haben. Bei dieser Gelegenheit sei noch hervorgehoben, daß von den Unternehmern die Befreiung von Strafen so aufgefaßt wird, daß generell die Fälle gemeinsam mit der Betriebsvertretung festgesetzt werden, im einzelnen Falle jedoch die Bestrafung durch den Unternehmer selbst erfolgen soll.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin fällt in diesen Tagen in einer Streifschube über Befreiung von Sprechstunden während der Arbeitszeit folgenden bemerkenswerten Schiedsspruch:

„Der Anspruch der Geschäftsführer auf Verlegung der Sprechstunde des Betriebsrates innerhalb der Arbeitszeit wird zurückgewiesen.“

Gründe:

§ 76 B.R.G. sieht für die Sprechstunde — wie § 30 für die Sitzungen — des Betriebsrates als Regel die Zeit außerhalb der Arbeitszeit an. Zu Ausnahmen ist nach § 76 Satz 2 die Zustimmung des Arbeitgebers erforderlich. Ein Anspruch des Betriebsrates und der Arbeitnehmerschaft auf eine Sprechstunde innerhalb der Arbeitszeit ohne die hier fehlende Zustimmung des Arbeitgebers besteht nach dem B.R.G. nicht.“

Der Schlichtungsausschuss ist aber nach § 20 B.O. vom 28. Dezember 1918 bei Streitigkeiten, bei denen die Arbeitnehmerschaft oder ihre gesetzliche Vertretung beteiligt ist, allgemein befugt, Schiedssprüche zu fällen, und diese Befugnis ist durch das B.R.G., wie § 66 Biffer 3 ergibt, nicht aufgehoben. Val. auch die Ausführung des Schlichtungsausschusses im Mitteilungsblatt des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 15. April 1920 Seite 238. Seine Entscheidung unterliegt aber der Nachprüfung des Demobilisierungskommissars.

Sachlich hält aber die Kammer den Anspruch im vorliegenden Falle durch die Sachlage nicht gerechtfertigt. Die Ansicht der Betriebsräte, wie sie im B.R.G. zum Niederschlag gekommen ist, sieht, wie oben erwähnt, die Sprechstunde außerhalb der Arbeitszeit als Regel an. Eine Ausnahme mußte also durch wichtige Gründe gerechtfertigt sein. Von dem Vorliegen solcher hat sich die Kammer im vorliegenden Falle nicht überzeugen können. Die jetzt eingerichtete Sprechstunde um 4 1/2 Uhr für Arbeiter und um 5 Uhr für Angestellte liegt für einen Teil der Arbeitnehmer bereits innerhalb der Arbeitszeit, nämlich für die von 1 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends beschäftigten etwa 300 Arbeiter im Zeitungserstellungsgewerbe, ferner für einen Teil des in den Filialen beschäftigten kaufmännischen Personals und zwar etwa 80; den Wünschen der Arbeitnehmerschaft ist also bereits bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen. Die Inanspruchnahme der Sprechstunde durch einen größeren Teil oder gar durch die gesamte Arbeitnehmerschaft innerhalb der Arbeitszeit müßte zu Störungen in der Produktion und Disziplin führen. Auf der anderen Seite kann den Arbeitnehmern zugemutet werden, außerhalb der Arbeitszeit die Sprechstunde aufzusuchen, zumal dies für den einzelnen ja nur in längeren Zeiträumen notwendig wird und die jetzige Sprechstunde sich für den weitaus größten Teil der Arbeitnehmerschaft unmittelbar an die Arbeitszeit anschließt, soweit sie nicht überhaupt innerhalb derselben liegt. Die Mitglieder des Betriebsrates endlich können sich bei Abhaltung der Sprechstunde abwechseln und müssen diese Verpflichtung als Folge des ihnen übertragenen Ehrenamtes annehmen.“

Die Betriebsräte haben die Pflicht, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften den Zusammenschluß der Betriebsvertretungen schnellstens vorzunehmen, um die Mittel und Wege zu finden, dieser Sabotage des Betriebsrätegesetzes ein Ende zu machen.

Die Unternehmer sowohl als auch die Schlichtungsausschüsse sollten es sich gefast sein lassen, daß durch derartige Praktiken die Betriebe mit Hilfe der Betriebsvertretungen nicht vor Erschütterungen bewahrt werden können, sondern daß die Unruhe in den Betrieben täglich zunimmt.

Ob dies der Zweck und Sinn des Betriebsrätegesetzes war, sei dahingestellt.

Keine Musterarbeitsordnung für Angestellte.

Am 28. Juli stand vor dem Reichsarbeitsministerium die Beratung über den Entwurf einer Musterarbeitsordnung gemäß § 80 B.R.G. statt. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erklärte, daß seine Organisation grundsätzlich für den Ausbau des kollektiven Arbeitsvertrags und den Ausbau des Betriebsrätegesetzes eintrete, dagegen die Arbeitsordnung überhaupt ablehne. Wo dieselben gesetzlich vorgezeichnet seien, seien sich die Betriebsvertretungen auf die Vorschriften der G.O. beschränken, unter keinen Umständen aber Strafbestimmungen gutheißen, da die Ordnung im Betriebe durch freiwillige Arbeitsdisziplin aufrecht zu erhalten sei. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände lebte es, in die Beratungen über den Entwurf einzutreten und derselbe die Verhandlungen. Wie nunmehr berichtet wird, hat darauf hin das Reichsarbeitsministerium von der Weiterverfolgung dieser Angelegenheit Abstand genommen. In allen Betrieben, wo auf Grund des § 80 B.R.G. bis zum 1. Sept. an Stelle einer vor dem 1. Januar 1919 in Kraft getretenen

Arbeitsordnung eine neue zu kreieren hat, werden die Betriebsvertretungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eventuelle Behauptungen der Unternehmer, es läge eine Musterarbeitsordnung des Reichsarbeitsministeriums vor, nicht zutreffend sind.

Drohender Generalstreik im Kreise Hindenburg.

Im Kreise Hindenburg in Oberschlesien droht der Ausbruch eines Generalstreiks. Die gesamte Belegschaft der ober-schlesischen Kokswerke in Hindenburg ist wegen Mafregelung dreier Betriebsräte in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in Ratibowitz, vor dem paritätischen Schiedsgericht in Beuthen und dem Schlichtungsausschuss Gleiwitz führten zu keinem Ergebnis. Die Belegschaften sämtlicher anderen Werke des Kreises Hindenburg haben einen Sympathiestreik angekündigt, mit dem die Oberschlesischen Elektrizitätswerke Jaborze durch zweifelhafte Arbeitseinstellung den Anfang machten.

Die Notlage in der graphischen Industrie.

Die Betriebsräte der graphischen Industrie waren am Donnerstag im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße, versammelt, um zur Notlage der Arbeiter und Angestellten in ihrer Industrie Stellung zu nehmen. In einem einleitenden Referat schilderte Rau ja den Ernst der Lage, in die die Arbeiter und Angestellten durch die Stilllegung und Einschränkung einer Reihe graphischer Betriebe durch den Rückgang der Ansichtskartenfabrikation usw. geraten sind. Seine Ausführungen belegte Redner mit wirksamem Material, das er aus dem gegenwärtigen Stande der Industrie entnommen hatte. Daraus ergab sich, daß die Notlage der Arbeiter und Angestellten bereits einen erschreckend hohen Grad erreicht hat und daß die Aussichten für die Zukunft drohen, geradezu tröstlos zu werden. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß durch die Erhöhung der Porto für die Ansichtskartenindustrie geradezu ein Todesstoß ertönen hat. Sowohl vom Referenten, wie von allen nachfolgenden Diskussionsrednern wurde dringend gefordert, so schnell wie möglich Schritte zu tun, daß der Notlage der Industrie gesteuert wird. Referat und Diskussion fanden ihren Ausklang in einer Entschließung, in der die Herabsetzung des Posttarifportos von 80 auf 10 Pf. verlangt wird. Eine gewählte Kommission soll in dieser Angelegenheit die entsprechenden Schritte tun.

Zu dem Bericht vom Verbandstag Deutscher Funktionäre in der Ausgabe vom 23. 7. 20 erhalten wir vom Zentralverband der Angestellten folgende Zuschrift: Die im Reichsdienst beschäftigten Funktionäre haben auf ihrer Verbandstagung entscheidenden Einspruch gegen die Eingruppierung der bei der Reichspostverwaltung Beschäftigten unter erhoben, nämlich mit der gleichen Bezahlung wie viele andere Angestelltergruppen. Ein großer Teil dieser Angestellten ist heute in der Stellung sogenannter Postbesorger im mittleren Dienst. Für diese Angestellten hat der Zentralverband der Angestellten durch seine sachmännischen Kenntnisse der Postangestelltenbewegung außerordentlich bei den Verhandlungen gewirkt und überhaupt erst die Einbeziehung der Postbesorger in den Reichsdienst ermöglicht. Durch die Reichspostgruppe „Reichspost“ des Zentralverbandes der Angestellten ist eine Sonderregelung für die Angestellten der Post- und Telegraphenverwaltung getroffen worden, die angesichts des Widerstandes des Ministeriums als sehr günstig zu bezeichnen ist. Durch diese kurzen Darlegungen sollte auch den Funktionären im Reichs- und Staatsdienst klar sein, daß ihre Interessen in einer großen, zielbewussten Angestelltenbewegung wirksamer vertreten sind, als durch eine kleine Fachorganisation. Durch Anschluß an den Zentralverband der Angestellten würde diesen Angestellten auch die Möglichkeit gegeben sein, ihre berechtigten Forderungen noch besser zu vertreten und durchzusetzen als bisher.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Die Liste der 24 Lebensmittelpfänger hängt in unserem Bureau, Kollwitzstraße 10 aus. Einwendungen dagegen können innerhalb drei Tagen erhoben werden, da alsdann die Verteilung der Lebensmittel vorgenommen wird.

Die Krisenverwaltung.

Verband der Gattungsgehilfen. Die erste Übungsstunde für Stenographie beginnt am Dienstag, den 10. d. M., vormittags Punkt 9 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Metzler, Eingang Untenstr. 83/85, Portal 4, II. Stock, Zimmer 25.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. Zepke-Gründner; für Anzeigen: Th. Hoff, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Quart 1, 1. Stock.

Leure Badereisen werden vermieden,

armut, Rachitis, Herzleiden, Magen-, Darm- und Leberleiden, Hämorrhoiden, Katarrhen des Rachens pp., Frauenleiden, Fettucht usw. **Überall zu haben.** Verlangen Sie Prospekt von der Propaganda-Abteilung der Bad Neu-Ragoczy-N.G. in Halle, Vorführrstr. 7, Tel. 4268, oder von Gerhard H. D. Jwan, Berlin-Karlshorst, Prinz-Heinrich-Str. 11, Tel. Oberfischdörferweide 3201.

Theater, Lichtspiele etc.

Staatl. Schauspielhaus. (Operetten-Gastspiel) Allabendl. Die Strohwitwe. 7 1/2 Uhr: Musik von Leo Blech. Großes Schauspielhaus. 7 1/2: Lysistrata (1. Abt., 5. A.) 8: Lysistrata (2. Abt., 5. A.) 9: Lysistrata (N.-Abt., 5. A.)

Deutsches Theater. Preise: 1.— bis 30.— M. 8 Uhr: Weibstentel. Kammerspiele. Preise: 6.— bis 26.— M. 8 Uhr: Die Notbrücke Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1 (Nähe Bht. Zoo). Preise: 4.— bis 25.— M. 8 Uhr: Büchse der Pandora.

Theater des Westens Preise: 6.— bis 40.— M. 8 Uhr: Der ehem. Leutnant Schiller-Theater. Preise: 1.50 bis 10.— M. Gisela Werbezirk: 8 U.: Rabenvater

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstadt in Untreu Komödie von Roberto Bracco Sonntag 4: Der Störenfried

Theater l. d. Königsgrätzerstraße 1/2 Uhr: Geständnis. Komödienhaus 8 Uhr: Petz-Kainer-Ballett. Berliner Theater 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Casino-Theater Lotharinger Straße 37. Wiedereröffnung Freitag, 13. August, 7 1/2 Uhr, mit dem neuen Volksstück: Knorp's sel. Witwe. Vorverk. ab Montag, 9. Aug.

Variété-Café Moritzplatz Cranienstraße 53-54

Gastspiel Walter Pintus 2 Elrados Holly & Fox und das große Variété-Programm.

Central-Theater U.: Die verschwand. Pauline. Die Tribüne 8 Uhr: Bunbury. Friedr.-Wilhelmst. Th. 8 Uhr: Marzipan. Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Elise Lensing Komische Oper Die Frau im Dunkeln. Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Der ungeheure Eckehart Metropol-Theater. U.: Im weißen Rössl Neues Central-Theater U.: Die Dame im Frack. Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Prinzessin Friedl. Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: Familie. Thalia-Theater 7 1/2 U.: Hobelt die Tänzerin. Th. am Nollendorfplatz U.: Eine Nacht im Paradies. Walthalla-Theater. 7 1/2 U.: Kasernenluft.

Circus Busch Gebäude. Täglich 7 1/2 Uhr: Gr. Spezialität-Vorst. 7 Perlas?

Apollo 7 1/2 Theater 7 1/2. Direkt. James Klein. Nach Jahren wieder in Berlin! Paul Beckers

Winter-Garten Täglich 7 1/2 Uhr: Variété-Spielplan Rauchen gestattet!

Theater a. Kottbus-Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Täglich 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger. Vollständig neues Programm. Bühnen-Konzert, Beginn 7 Uhr. Vorverk. 11-1 1/2, 4-6 U.

Reichshall-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger

Adi-Haus Taubenstr. 34 — Ztr. 1052

Paul Matzner, Ann Lohmann, Eugen Mack, Hans Wih. Bachmann, Paul Paulsen, Mimmi Riedel, Tom Black, Luc Delburg, A. Liebans Meisterquart. **Adolf Lieban** Mocca, Tee, Schokolade Beginn 7 Uhr. Eintritt frei.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Sommerth. GROSS-BERLIN (Kilem) Hasenheide 15. Tgl. 1/2: Klassiker-Abend **Wilhelm Tell.** Volksschauspiel von Friedrich v. Schiller. Ab 7 1/2: Konzert u. Spezialit.

Admirals-Palast 7 1/2 U.: Flirt in St. Moritz.

METROPOL VARIÉTÉ-KABARET

Zigaretten ohne Stempel 100 Stück 25.— an. Zigarren, 100 Stück 25.— an. **L. Manheimer, Berlin,** Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Vorarbeiter, tüchtiger, aus der Metallbranche gesucht. 15/8 Joachim Koppel, Metalle, Reifberg Str. 8.

Mädchen für landwirtschaftl. Hilfe gesucht. 118/17

Lehrmädchen im Alter v. 14—16 Jahren für den Verkauf sofort gesucht. Meldungen v. 10-12 Uhr vorm. u. 4-6 Uhr nachm. m. Schulzeugnis in Begleitung der Eltern oder d. Vormundes in unserer Personalverwaltung. III. St.

Kaufhaus d. Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstr. 21/24.

Konzert-Café „Tivoli“ Chausseestr. 25

Heute Wiedereröffnung m. einem Riesenprogramm

mit seiner Variété-Gesellschaft in: Fliegend-Helrichs Glück **4 Millions** Meister-Akrobaten **Carl Reinsch** d. preisgekrönte beste deutsche Schultreiter und weitere **8 August - Sensat.**

ParteiSekretär gesucht! Für den Unterbezirk Mitte (Niederrhein) suchen wir zum 1. September d. Ja. einen tüchtigen ParteiSekretär. 150/1

Die Gehaltsfrage richtet sich nach den vom Parteivorstand festgesetzten Bedingungen. — Bewerbungen sind bis zum 25. August 1920 an den Bezirkssekretär Hr. Cemerenz, Grefels, Kreisstr. 25, zu richten. Wohnung eventuell beim Bureau. Der Bezirksvorstand, J. H. Cemerenz.

Krankenschwestern für Anstalten, Kliniken, Sanatorien und Privathäuser verlangt. Meldungen mit Papieren im Krankenpflegeamt der Stadt Berlin, Friedrichstraße 110—112. Vermittlung kostenfrei. 118/14